

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Brinnerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postkontonr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschritt 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Russisch-polnischer Waffenstillstand in Sicht!

Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland.

Berlin, 25. Juli. (T.U.) Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß das Oberkommando der roten russischen Armee ein von Tschitscherin unterzeichnetes Telegramm erhalten habe, das den Oberkommandierenden beauftragt, sofort mit dem Oberkommando der Polen Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes einzuleiten und Friedensverhandlungen vorzubereiten.

Nach einem in Paris aus Moskau eingetroffenen Funkpruch sieht sich die rote Armee bereits zurück.

Professurkundgebung gegen die Auslieferung Bela Khuns.

Berlin, 25. Juli. (T.U.) Am Sonnabendnachmittag fand im Volkspark eine von den Unabhängigen und Kommunisten veranstaltete Demonstration für den in Schweden gehaltenen ungarischen Rätediktator Bela Kun statt, die sehr starke Beteiligung aufwies.

Die ungarische Regierung hat an die deutsche Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, ihr Bela Kun auszuliefern. Die deutsche Regierung hat zu dem Verlangen bisher noch nicht Stellung genommen. Man will, ehe man entscheidet, die rechtlichen Grundlagen der Auslieferung prüfen.

Wie nehmen an, daß diese „Prüfung“ nur eine Formalität ist, wie sie das internationale Recht vorschreibt. Wäre sie mehr, so müßte die Regierung sich auf einen entschiedenen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gefaßt machen.

Berlin, 26. Juli. (Eigene Meldung der V. U.) Der Fall Bela-Kun, den die deutsche Regierung mit einer bürokratischen Korrektheit behandelt hat, die sie selbstamerweise niemals gegen Kappverbrecher aufbringen kann, wird nun doch noch seine glückliche Lösung finden. Die österreichische Regierung und auch die Sowjet-Vertretung in Berlin erkennen das rein rechtmäßige Verhalten der deutschen Regierung an, und so wird die Angelegenheit sich weiterhin rein streng und rein rechtlich entwickeln. Bela-Kun wird aus dem Transport ausgesondert und als politischer Verbrecher behandelt werden. Als solcher ist er gegen das Auslieferungsverlangen Ungarns geschützt, er wird dann als läufiger Ausländer ausgewiesen werden und hat die Wahl der Grenze, an die er abtransportiert werden will.

So unser Berliner Korrespondent. Ebenso heißt es in einer längeren Wiener Meldung, die Wolffs Bureau verbreitet:

Sowohl bekannt ist, beabsichtigt die Reichsregierung, den Volkskommissar nicht, wie es in Oesterreich im Wege eines Vertrags geschah, das Asylrecht einzuräumen, sondern sie als ungewünschte Ausländer abzuschaffen und nach ihrer eignen Wahl an eine Grenze zu stellen.

Aus einer Meldung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilisangene geht hervor, daß außer Bela Kun sich auch noch der ehemalige ungarische Volkskommissar Alois Gabor bei dem Transport befand und zurückgehalten wurde. Nach Mitteilungen der bisherigen ungarischen Vertretung befindet sich ein Kurier mit dem Auslieferungsbegehren der ungarischen Regierung bezüglich Bela Khuns auf der Fahrt nach Berlin. „Das Begehren wird auf Grund des beigubringenden Materials genau geprüft werden,“ sagt die Reichszentrale.

Wie nehmen, wie gesagt, an, daß die Prüfung nur eine Formalität sein wird. Die österreichische Regierung hat bekanntlich die Auslieferung der ehemaligen Volkskommissare bereits verweigert und damit gezeigt, daß das Verlangen der ungarischen Regierung unberechtigt ist, daß den Verfolgten als politische Flüchtlinge Asylrecht gebührt.

Anschläge auf die deutsche Neutralität!

Deutsche Kriegshilfe für Polen um Polen.

Die Freiheit teilt mit:
„Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind Bestrebungen von einflussreicher Seite im Gange, die deutsche Regierung zur aktiven Teilnahme am polnisch-russischen Kriege zu veranlassen. Im Falle einer militärischen Unterstützung Polens gegen Sowjetrußland soll Deutschland die Provinz Polen zurückhalten. In der Absicht einer solchen „Verständigung“ zwischen Deutsch-

land und der Entente sind namentlich die in Berlin weilenden Interrevolutionären russischen Emigranten tätig, die eine „heilige Allianz“ zum Kampfe gegen Sowjetrußland zu schaffen bestrebt sind und die Ansicht propagieren, daß es sehr leicht möglich sei, auf der angegebenen Basis eine Verständigung zwischen Deutschland, Polen und dem bürgerlichen Rußland herzustellen.

Wir werden auf die Einzelheiten des schmählichen Planes, der auf die Entfesselung eines neuen Krieges unter Teilnahme Deutschlands hinauslaufen würde, noch zurückkommen. Zunächst wollen wir nur feststellen, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verwirklichung des verbrecherischen Planes wenden würde, unter diesen oder jenen Beschuldigungen am Kriege gegen Sowjetrußland teilzunehmen und Deutschland in ein neues Abenteuer zu verwickeln. Sollte es in der Regierung Leute geben, die offen oder inogehem den erwähnten Plan zu fördern beabsichtigen, so sei ihnen mit aller Klarheit gesagt, daß die deutsche Arbeiterklasse kein Mittel unversucht lassen wird, um die Durchführung dieses Planes zu vereiteln.

Die Arbeiterklasse im ganzen Reich und namentlich in den östlichen Provinzen rufen wir zur erhöhten Wachsamkeit und Tatkraft auf, denn es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung aus Furcht vor der Empörung der Arbeiterklasse zwar jeden offensenen Schritt in der Richtung der Ententewünsche unterläßt, aber gleichzeitig Unternehmungen duldet, die unter dieser oder jener Maske auf eine Verletzung der Neutralität Deutschlands und auf die Förderung des militärischen Abenteuers gegen Sowjetrußland hinauslaufen würden.“

Dr. Dorten auf Anordnung des Reichsgerichts verhaftet.

Wiesbaden, 26. Juli. (T.U.) Der sogenannte Präsident der Rheinischen Republik, der frühere Rechtsanwalt Dr. Dorten, wurde gestern aus seiner diesigen Villa entführt. Drei Beamte kamen im Auto vorgefahren und zwangen Dr. Dorten, der gerade beim Mittagessen saß, mit ihnen das Auto zu bestiegen, das in der Richtung nach dem unbesetzten Gebiet fuhr. Die Festnahme Dr. Dortens erfolgte auf Anordnung des Reichsgerichts in Leipzig, das dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. mit dieser Maßnahme beauftragt hatte. Dr. Dorten soll bereits in Belgien einmündig sein.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Der Polizeipräsident Ehrler erklärte, nach einer Meldung des Echo de Rhin, daß Dr. Dorten gestern in Wiesbaden verhaftet und in das unbesetzte Gebiet gebracht worden sei, für richtig. Er habe einen Haftbefehl des Reichsanwalts gegen Dorten durch seine Beamten ausführen lassen.

Wieder freigelassen.

Berlin, 26. Juli. (T.U.) Wie der Lokal-Anzeiger hört, ist Dr. Dorten auf Veranlassung der deutschen Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Ob ein Protest der Entente gegen die Verhaftung im besetzten Gebiet erfolgt ist?

Wo die Waffen stecken.

Ein neues Waffenlager der Reichspolizisten.

Aus Braunschweig wird dem Vormärts vom 24. Juli gemeldet:

„Bei dem Studenten Faust, dem Hauptschuldigen der kürzlich aufgedeckten verbotenen Waffenschlebung in Braunschweig, wurde heute infolge vorliegender dringender Verdachtsmomente eine Hausdurchsuchung abgehalten, die vier komplette Maschinengewehre und 4000 Schuß Munition in Gurenutage förderte. Der Student Faust ist zur Zeit nicht auffindbar! Ein Teil der Waffen wurde ihm gestern in das Haus gebracht. So fiel den Hausbewohnern auf, daß eine umfangreiche schwere Rüstung bei Einbruch der Dunkelheit dort bei ihm abgegeben wurde.“

Der Schwindel der Volksabstimmung.

Amsterdam, 24. Juli. Aus Brüssel wird folgende Savoy-Reuter-Meldung verbreitet: Bei der in den Kreisen Eupen und Malmedy veranstalteten Volksabstimmung haben von 3372 Stimmberechtigten im ganzen 270 gegen die Einverleibung in Belgien protestiert.

Die Abstimmung entbehrt aller Garantien gegen die Verewaltung der Stimmenden. Sie sollten öfentlich Protest erheben. Da die belgische Verwaltung schon seit langem gegen alle Proteste mit den Mitteln schlimmsten Terrors vorgeht, so ist das Resultat ohne weiteres verständlich. Es kann keinen wirklichen Anspruch Belgiens auf die beiden Kreise begründen.

Deutschland und die Ukraine.

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen sind ein Schulbeispiel für die Politik der Zweideutigkeit, die die auswärtige deutsche Politik von jeher ausgezeichnet hat, die aber in besonders hohem Maße stets im Osten Anwendung gefunden hat. Im Februar 1918 hat im Frieden von Brest-Litowsk die deutsche Regierung den ukrainischen Staat geschaffen und damit im ukrainischen Volke die Hoffnung geweckt, daß auch die künftige deutsche Politik die Selbständigkeit der Ukraine anerkennen werde. Der Einmarsch der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 gegen die russischen Bolschewisten sollte die Ukrainer bald eines Besseren belehren. Die kaiserliche Regierung hatte die selbständige Ukraine nur zu ihrem eigenen Interesse geschaffen, nur um sie gegen Rußland auszuspielen zu können. Jetzt scherten sich die militärischen Machthaber den Teufel um ukrainische Volksvertretung und sonstige demokratische ukrainische Einrichtungen. Sie unterfügten den erzreaktionären General Storopadski, der zum Hetmann der Ukraine ernannt wurde, und nun begann unter Ludendorffs Schutz der Wiederaufbau des alten, reaktionären Rußlands in der Ukraine, während die deutschen Truppen unter dem General Eichhorn sich als Eroberer gebärdeten, und das Land nach Herzenslust ausplünderten. Ungeheure Mengen von Kindern und Kleinvieh, Brotgetreide und Futtermitteln wurden von der deutschen Regierung requiriert und mit wertlosen Requisitionsscheinen bezahlt. Alles von dem Land, mit dem man im Frieden lebte. Der November 1918 brachte zunächst einen Umschwung. Der Hetmann, der sich nicht mehr auf reaktionäre Truppen stützen konnte, mußte einer Volksregierung weichen und die deutschen Volksbeauftragten ernannten das ukrainische Direktorium offiziell an und nahmen die Beziehungen zur ukrainischen Regierung auf. Der ukrainische Gesandte wurde in Berlin anerkannt. Es schien bald, als wenn eine klare und offene Politik gegen die Ukraine einsehen sollte, aber bald hatten die reaktionären Kräfte im auswärtigen Amt wieder alle Fäden in der Hand. Sie bemühten sich, das zaristische Rußland wieder aufzurichten, in Berlin konnte sich ein russischer Generalfstab niederlassen und Befehle abgeben, der unbehaglichen ukrainischen Volksregierung zeigte man schnell wieder die kalte Schulter, ja, man verweigerte ihr den Heimtransport der ukrainischen Gefangenen, obwohl man seit langen Monaten die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine hergestellt hatte. Als der russische reaktionäre General Denikin in seinem Feldzug gegen Sowjetrußland zunächst die Ukraine unterwarf, fand er nicht nur im Reichswehrministerium, sondern auch im auswärtigen Amt offenes und geheimes Wohlwollen, ja wahrscheinlich auch tatkräftige Unterstützung.

Durch diese ihre zweideutige Haltung hat die deutsche Regierung viel zur Verwirrung der Lage im Osten beigetragen. Sie hat die ukrainische Regierung haltlos gemacht, hat sie überall in ihrem Tun behindert, hat sich gegen die demokratischen und sozialdemokratischen Vertreter des ukrainischen Volkes stets ablehnend verhalten, den Reaktionären stets ein offenes Ohr geschenkt und schließlich das Volk dessen Recht auf eigene Nationalität sie selbst durch Schaffung eines besonderen Staatswesens anerkannt hatte, durch plötzliche völlige Nichtachtung seiner nationalen Selbständigkeit in schwere Konflikte gebracht.

Die deutsche Regierung hat auf diese Weise dem deutschen Volke das Vertrauen eines Volkes verfehrt, in dessen Lande die für uns so dringend notwendigen gewaltigen Vorräte an Brotgetreide, an sonstigen Nahrungsmitteln lagern. Die zweideutige Politik der deutschen Regierung hat schließlich die ukrainische Regierung Pelsuras — über deren Rechtmäßigkeit wir hier kein Urteil abgeben wollen, das hätte das ukrainische Volk zu tun — zu den verhängnisvollsten verzweifeltsten Abenteuern getrieben. Die deutsche Regierung war prädestiniert dazu, nachdem sie mit Sowjetrußland Frieden geschlossen hatte, vermittelnd in den Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine einzugreifen und eine Lösung zu finden. Das war eine politische Aufgabe von hohem Wert. Allen drei Völkern wäre damit gedient worden. Statt dessen gab man in Deutschland sich stets zur Unterstützung aller russisch-reaktionären Mächte her, stellte sich dagegen nicht nur feindselig gegen die Sowjetregierung, sondern auch gegen die ukrainische Volksregierung.

So trägt die deutsche Regierung Schuld daran, wenn die ukrainischen Politiker in ihrer Verzweiflung sich in das Wahnsinnsabenteuer der polnischen Bundesgenossenschaft stürzten. Ernsthaft ukrainische Politiker haben von vornherein in diesem Unternehmen, in dem die Ukraine gemeinsam mit Polen gegen Sowjetrußland marschierte, eine

schweren Fehler gesehen. Wie aber waren sich darin einig, daß nur das Verhalten der deutschen Politik die ukrainische Regierung zu einem solchen verzweifelten Schritte treiben konnte.

Die deutsche bürgerliche Presse und auch die Blätter der Rechtssozialisten, die sich samt und sonders durch die geradezu hervorragende Antikommis der russischen Verhältnisse auszeichnete, haben kritisiert die deutsche Regierung und ihr Verhalten gegen die ukrainische Regierung unterstützt. Sie haben weder moralische noch politische Bedenken gehabt in demselben Moment, als sie sich der Entente gegenüber auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beriefen, die Giltigkeit des ukrainischen Volkes zu negieren und seine Volksregierung in der gefährlichsten Weise zu beschimpfen und zu beschneiden.

Der ukrainische Nationalgedanke ist mit keiner Person und keiner Regierung verknüpft. Aber das deutsche Volk muß endlich lernen, was seitens die weniger dazu neigenden Politiker der Sowjetregierung erkannt haben, daß nur das Nationalbewußtsein eines Volkes, wie das des ukrainischen, dessen Land mehr als dreimal so groß ist wie Deutschland, nicht beliebig in den Staub treten kann. Ueber die Regierungsform wird das ukrainische Volk selbst zu bestimmen haben, dem deutschen Volke aber liegt die Pflicht ob, das ukrainische Nachbarvolk in seiner nationalen Selbstständigkeit anzuerkennen, nur auf dieser Basis wird der dringend notwendige Austausch der Rohstoffe und Güter zwischen der Ukraine und Deutschland sich vollziehen.

Die Aussprache im Reichswirtschaftsrat.

Beim Beginn der Sonnabendung stellt der Vorsitzende mit, daß für den ausgeschiedenen Professor Lederer Walter Rathenau in den Wirtschaftsrat eingetreten ist.

Es liegen bereits zahlreiche Anträge aller Art vor. Die land- und forstwirtschaftliche Gruppe beantragt, die Frage des Steuerabzugs vom Lohne schleunigst zur Erörterung zu bringen. Sie verlangt ferner die Prüfung der Frage des Abzugs betriebswirtschaftlich notwendiger Aufwendungen bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens. Weiter verlangt sie die Einsetzung eines Ausschusses, der eine Veränderung des Weingehaltes vorberaten soll. Sie tritt ferner für die Einsetzung eines Ernährungsausschusses ein und bittet, die Frage der Verschöpfung von Futtermitteln für die Landwirtschaft eine fortwährende Prüfung zu unterziehen, ebenso die Frage der Kohlenversorgung und die ländliche Arbeiterwohnungsfrage. Sie beantragt ferner noch die alsbaldige Einsetzung eines Ausschusses für Forst- und Holzwirtschaft und verlangt Maßnahmen zur Sicherung der Erbringung der Ernte. Ein Antrag Krcis fordert die Reichsregierung auf, zur Entspannung der durch die Kohlenlieferungen an das Ausland geschaffenen Notlage den Ausbau der Wasserkräfte namentlich in Süddeutschland sofort zu fördern. Ein Antrag des Freiherrn von Richthofen regt an, die Karlsruher Eisenwerke neu zu regeln.

Das Haus nimmt zunächst eine Reihe von Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen vor. Neu in den wirtschaftspolitischen Ausschuss tritt Oberbürgermeister Wermuth-Berlin etc.

Die Aussprache über Spa.

Darauf wird in die Aussprache über die Verhandlungen in Spa und zwar vornehmlich über das Kohlenabkommen eingetreten.

Hg. Imbusch (Christl. Bergarbeiterverband) führte aus, das Abkommen von Spa sei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen unbedeutend. Wir haben aber hier nicht über die Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Wir können hier nur feststellen, daß sehr beachtenswerte wirtschaftliche Gründe sowohl für wie gegen die Entscheidung der Regierung sprechen. Es darf aber auch von uns nicht übersehen werden, daß auch politische Gründe hier mitwirken, die wir hier nicht zu erörtern haben. Es war die Aufgabe der politischen Reichsleitung zu erwägen, welches das kleinere Übel für Deutschland war, die Annahme oder die Ablehnung des Angebots. Die politische Reichsleitung hat die Verantwortung, und sie hat in diesem Falle wirklich nur zwischen zwei Übeln zu wählen. Wir müssen uns mit der Tatsache, daß wir zwei Millionen Tonnen Kohlen weniger liefern müssen, und wir müssen das uns auferlegte Quantum zu liefern suchen und zwar ohne daß wir dabei unsere Industrie und unsere Volkswirtschaft zugrunde richten.

Hg. Stinnes der Redner spricht so leise, daß er fast nicht zu verstehen ist. Zahlreiche Abgeordnete des Reichswirtschaftsrats rufen fortgesetzt: Lauter! Lauter! Der Redner erklärt: „Ja, ich kann nicht lauter!“ Unter großer Unruhe drängen sich die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats vor der Rednertribüne zusammen. Meine Stellung zu Spa ist bekannt. Auf die Mehrförderung durch das Kohlenabkommen kann nicht gerechnet werden. Für seine Erfüllung kommt in erster Linie das Ruhrkohlenrevier in Frage. Im Sommer 1919 wurden hier täglich 218 000 Tonnen gefördert, im Winter 1920 245 000 Tonnen und im diesjährigen Sommer ist die Förderung auf 238 000 Tonnen hinaufgebracht worden. Das Spa-Abkommen wird uns hinter den Stand von dem Sommer 1919 zurückwerfen, obwohl inzwischen im Inlande ein außerordentlich hoher Bedarf an Kohlen eingetreten ist, und der Mehrbedarf ist insofern des Wiederaufbaus der Sechshundert auch noch in den nächsten Monaten festzulegen wird. Ohne Uebergangsfrist werden wir durch das Spa-Abkommen zu einer absoluten Verschlechterung unserer Kohlenversorgung gezwungen, die uns weit hinter das Frühjahr 1919 zurückführt. Im Vergleich zu 1913 hatten wir einen Stand der Kohlenversorgung der deutschen Industrie von 31 Prozent erreicht, nach dem Spa-Abkommen werden wir die deutsche Industrie im Vergleich zu 1913 nur noch mit 20 Prozent versorgen können. Dadurch wird zunächst einmal die Betriebsmaterialbeschaffung für die Kohlenförderung, die bisher schon außerordentlich schwierig war, noch weiter behindert. Wir werden in der Warenherstellung mit einem Ausfall an Werten von etwa 2,7 Milliarden Mark zu rechnen haben. Das bedeutet, daß unsere Inlandsversorgung sich noch schlechter gestalten wird, als bisher. Es bedeutet ferner, daß mehr als die Hälfte des gegenwärtigen Warenexportes in Frage gestellt wird. Ich habe das Kohlenabkommen nicht vom Standpunkte des Kohlenindustriellen gewertet (?), sondern habe bei meiner Beurteilung an die gesamte Volkswirtschaft gedacht. (?) Für diese halte ich es für außerordentlich untragbar. Die Kohlenindustrie wird dabei erst in allerletzter Linie leidtragend sein. Ermelden Sie aus diesen wenigen Tatsachen, welche Verantwortung diejenigen auf sich genommen haben, die das Kohlenabkommen unterzeichnet haben. Den Hinweis auf die Zwangsmaßnahmen der Gegner halte ich nicht für zutreffend. Ich halte es überhaupt für verfehlt, Deutschland noch wehrloser hinstellen, als es ohnehin schon ist. Zusammenfassend habe ich über das Spa-Abkommen so sagen: Ich halte es nicht für möglich, das Abkommen zu erfüllen. (Bewegung.) Nachdem wir nunmehr dem Zwange gewichen sind und uns Unterwerfung ergeben haben, halte ich es aber für Pflicht jedes Deutschen, der auf ein gegebenes Wort noch Wert legt, alles zu tun, um den Anforderungen des Kohlenabkommens nachzukommen. Wenn es uns nicht gelingt, die Kohlenversorgung entsprechend dem Abkommen zu steigern, dann stehen wir vor der furchtbaren Lage, daß unsere Arbeitermengen heischlingslos werden, daß Menschen exportiert werden müßten und wir sie nicht exportieren könnten. Wir müssen versuchen, zu retten, was gerettet werden kann und alles daran setzen, um uns vor der Wiederholung eines Spa zu bewahren.

Die erste Voraussetzung für die Mehrleistung der Bergleute ist ihre bessere Ernährung nach Qualität und Quantität. Dem

Reichsbergbauamt muß ich dringlich sagen, daß die Unter- tagearbeiter mehr Brot und Fett haben müssen. Das wäre kein Bevorzugung einer Bevölkerungsschicht, sondern eine ganz selbstverständliche Rücksichtnahme auf die gegebenen Arbeitsverhältnisse. Die Bergarbeiter müssen jener Ernährung teilhaftig sein, die die Arbeit nicht in Verfallens erklärt werden soll. Es muß möglich sein unter Belbehaltung der achtstündigen Schicht durchzukommen. Das Forderungsjahr, das erreicht werden muß, ist die Versorgung der Industrie mit 100 Prozent neben den Leistungen auf Grund des Kohlenabkommens. Dazu ist vor allen Dingen die Vermehrung der Bergarbeiterkraft nötig. Sie kann erreicht werden durch angeordnete Stützleistung, die aber ohne bürokratische Erschwernisse durchgeführt werden muß. Es muß möglich sein, jährlich 30 000 Wohnungen für etwa 50 000 Bergleute zu schaffen. Wenn das drei Jahre hindurch geschieht, wird die Krise in der Hauptsache zurückgeschraubt sein. In Bergarbeiterkreisen besteht die Auffassung, daß eine Anzahl Zeichen durch Vermehrung der Förderungsleistungen eine Mehrleistung erzielen könnten. Ich bezweifle die Möglichkeit dieser Auffassung; solange nicht genügend Bergleute vorhanden sind, kann auch durch doppelte Schichten nichts erreicht werden. Ich beantrage aber, daß für jedes größere Revier ein Ausschuss von drei Vertretern der Bergarbeiterkraft und von drei Vertretern der Unternehmerkraft gebildet wird. Diesem Ausschuss sind alle Fälle, in denen ansehend eine Mehrleistung der Zeichen erreicht werden könnte, zur Kenntnis zu bringen. Ferner beantrage ich einen kleineren Ausschuss von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der zu Informationszwecken ins Ausland geschickt wird, namentlich nach Nordamerika und dort die Verbesserungen im Bergbau studiert. Schiebung von Kohlen müssen unter allen Umständen unterbunden werden. Ich glaube aber nicht, daß sie in einer irgendwie in Betracht kommenden Weise stattgefunden haben. Ferner beantrage ich eine Vermehrung der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier sind zahlreiche Umstellungen zu Erzielung einer höheren Wirtschaftlichkeit nötig. Das wird Geld kosten, aber die umgebauten Betriebe werden dann sehr bald leistungsfähiger sein. Es muß auch alles geschehen, um die Wasserstrahlen im Gebiete des Rheines und der Elbe in den dem weitestem Umfang für Zwecke des Kohlentransports auszubauen.

Zum Schluß wandte sich der Redner dann gegen die Sozial- führung.

Gewerkschaftssekretär Hubert (Transportarbeiterverband für Binnenschiffahrt): In Spa hätten die Vertreter des Transports gehört werden müssen, insbesondere die Vertreter der Schiff- fahrt. Ein Gutachten der Verkehrswissenschaftler, die in Spa nicht herangezogen worden sind, hätte sicherlich zu einer noch weiteren Milderung der Bedingungen geführt. Im Gegensatz zu welchem Vorredner nehme ich an, daß die Entente eine sehr große Rolle für das Ruhrgebiet spielt und die Befehle der Nicht- unterzeichnung der Bedingungen jedenfalls sofort durchgesetzt hätte. Ein großer Teil, etwa 40 Prozent, der Kohlenbeförderung erfolgt auf dem Wasserwege. Die Eisenbahn dürfte kaum in der Lage sein, eine Mehrförderung an Kohle in Höhe von 1 200 000 Tonnen zu leisten. Die Regierung sollte mit der Entente über die Aufgabe einer großen Menge der von uns abgestellten Wagen und Lokomotiven ein Abkommen zu erzielen suchen. Nach dem Verkauf Verträge werden in ablehbarer Zeit 20 Prozent des Schiffagarnums auf dem Rhein an die Entente abgeleitet werden müssen. Die Regierung sollte alles versuchen, die Entente zu veranlassen, von der Abgabe der Küstenschiffe Abstand zu nehmen. Zur Zeit werden schon viel Stunden Ueberarbeit in der Schiffahrt stillschweigend geleistet, um die deutsche Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Der Dank dafür ist eine geradezu schandhafte Behandlung der Ernährungsfrage der Schiffahrt. Die Regierung muß sofort Verhandlungen mit dem Schiffsahrtsgewerbe aufnehmen, damit die Ernährungs- und Befriedigungsfrage gelöst wird. Bei Lösungsbestrebungen würde die Binnenschiffahrt die Beförderung von Kohlen an die Entente einstellen. Nur unter der Voraussetzung eines einheitlich bleibenden Deutschen Reichs ist die Binnenschiffahrt bereit, zur Erfüllung des Spaer Abkommens alle Kräfte einzusetzen. (Beifall.)

Gesellener Bergat Singer wendet sich gegen die beiden Vorredner, dann führt Rathenau aus:

Es war zu fragen: Was geschieht, wenn die Franzosen einmarschieren? Werden dann die 2 Millionen Tonnen geliefert oder nicht? Die Antwort lautet, sie werden geliefert werden. Man hätte also die Okkupation gehabt, ohne einen entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen. Es war zweifellos, daß die Okkupation sich nicht begnügen würden mit 2 Millionen, vielmehr trat im Augenblick unserer Belagerung die Lieferungsverpflichtung nach dem Friedensvertrag in Kraft. Nun hat Herr Stinnes gesagt, den Franzosen wäre es nicht möglich gewesen, das Westquantum abzutransportieren. Unbestreitbar wäre es aber gewesen, so halte ich dem entgegen, daß sie auf dieses Quantum die Hand legen, es als Eigentum behandeln könnten. Vielleicht hätte die Entente uns den Uebersehigkeit zu Weimarspreisen angeboten. Das hätte eine Differenz von etwa 8 Milliarden Papiermark bedeutet. Unbillig stillschweigend und ohne mit der Wimper zu zucken, konnte so der größte Teil der Reparationsfrage mit erledigt werden. Diese Alternative war eine der gefährlichsten, die eintreten konnte. So waren die Sachverständigen verpflichtet, die Konsequenzen im ganzen Umfang ins Auge zu fassen. (Sehr richtig!) Was wäre die Lage von Frankreich durch die Okkupation gewesen? Neben seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Hegemonie hätte es noch die industrielle Hegemonie in Europa in die Hand bekommen. Preußen mußte sich fragen: Zunächst wird Frankreich abtransportieren, was es kann. Danach wird man uns ein Quantum zum Kauf anbieten, und man wird Deutschland sehr stark klemmen. In demselben Zeitraum, in dem diese Verhandlungen schwebten, ist ja ein französischer Gesandter in München eingesetzt worden. Die Konsequenzen überlasse ich Ihrer Erwägung. Es wäre die schwerste Entwürdigung der deutschen Einheit gewesen. Zweifellos ist der Gedanke nicht unrichtig, daß in jedem Augenblick der Gefahr der Okkupation neu aufgeworfen werden würde. Gegen diese Gefahr gab es eben kein Mittel. Demgegenüber ist aber das festzuhalten: Spa hat die Gestalt der Länder vorwärtsgebracht. Ich halte die Gebote durchzuführen zu sein, daß die Durchführung des Friedensvertrags erst geschaffen werden muß. Denn es ist nicht möglich, von Diktat zu Diktat zu eilen. Eine deutsche Unterwerfung ist fester, wenn sie eine freie ist. Diese Ueberzeugung brach sich Bahn, und das verbindet mit jedem Monat die Gefahr, daß man von neuem mit einem brutalen Ultimatum an Deutschland herantreten würde. Zum erstenmal haben wir in den früheren Kriegsjahren Verhandlungen stattgefunden, die sachlich waren oder doch die Tendenz zur Sachlichkeit hatten. Zum erstenmal ist Deutschland wieder Vertrauen erworben worden. Dieses Vertrauen war ein persönliches. Es wurde freiwillig und unaufgefordert uns besaen von den Engländern, Italienern und zum Teil auch von den Franzosen. Wir haben das dem Können, Klaren, würdigen und vornehmen Vorgehen unseres Außenministers zu verdanken. (Lebhafter Beifall.) Die Forderung dieser Produkte und Zwischenstoffe ist so groß, daß der unter unsre Ernährungsfrage erregt, und ein Käuferstreik ausgebrochen ist. Hier liegen ebenso starke Gründe für die Arbeitslosigkeit wie in der Kohlenfrage. Hier wird der Reichswirtschaftsrat in der Arbeit leisten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsminister des Reiches Dr. Simons kann dem Reichswirtschaftsrat nicht das Recht zugehen, zu verlangen, daß er verantwortlich, weil er keinen Namen unter das Kohlenabkommen gesetzt habe. Dieses Recht steht nur dem Reichstage zu, dem er am Montag Rede sprechen werde. Hier könne es sich nur um die Frage handeln, ob und wieweit das Kohlenabkommen durch- geführt werden kann. Der Minister entwarf also, sobald die von ihm schon mehrfach ausgesprochenen Gedankenfolge.

Esch auch der frühere preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer gegen das Abkommen ist, war zu erwarten; er bekräftigte dies noch besonders durch eine Rede.

Reichswirtschaftsminister a. D. Wiffel: Um die Lage so erträglich zu gestalten wie irgend möglich, müssen wir neue Mittel anwenden. Wir dürfen die Wirtschaft nicht mehr dem Gutdünken des einzelnen überlassen. (Zustimmung.) In der ausgesprochenen Gegenlage zu mehreren Vorrednern unterließ ich das Verlangen der Bergarbeiter nach Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Ich hoffe, daß die Sozialisierung auch hier im Wirtschaftsrat den Geist finden wird, der zu ihrer Durchführung erforderlich ist. Die Sozialisierung wird in der Arbeiterkraft alle schaffenden Kräfte einfließen und damit die Versorgung der Bevölkerung verbessern. Wenn von den Bergarbeitern hohe Leistungen verlangt werden, muß für ihre Ernährung mehr als bisher geschehen. Die schlechte Ernährung ist nicht eine Folge der Zwangswirtschaft, sondern eine Folge der schlechten Verteilung. Wenn Herr Stinnes aber meint, daß nur eine Sozialisierung der Verteilung notwendig sei, so muß ich dem gegenüberhalten, daß uns gerade eine Sozialisierung der Produktion, und zwar vor allem der Rohstoffe, not tut. Im Artikel 47 des Verfallter Vertrages wird besonders betont, daß das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter gerade vom internationalen Standpunkte besonders wichtig ist. In Spa aber hat die Entente Forderungen gestellt, die eine Erhöhung der Arbeitszeit für die deutschen Bergarbeiter bringen werden. Man hätte den Herren in Spa am grünen Tische sagen müssen, daß sie doch auch auf die von ihnen selbst geschaffenen Grundfälle Rücksicht zu nehmen hätten. Es herrscht noch eine Kohlenvergeudung schlimmster Art. Alle Betriebe, die heutzutage nicht auf der Höhe sind und die Kohlen freffen, müssen geschlossen werden. Die Geschäfte müssen ebenfalls viel strenger geschlossen werden. Wir müssen den Willen haben, die Schwierigkeiten zu überwinden, dann werden wir sie zwingen. (Beifall.)

In der Nachmittagsung kamen u. a. ein Vertreter der Konsumvereine, Professor Hertner und ein Vertreter der Eisenbahner zum Wort. Neues wurde nicht mehr der vorgebracht.

Die vorgelegte Entscheidung wurde dann mit Mehrheit angenommen; sie lautet:

Der Reichswirtschaftsrat erblickt in dem Kohlenabkommen von Spa, das unter der von den Ententevertretern angebotenen Verteilung des Ruhrreviers angenommen werden mußte, eine Verletzung des deutschen Wirtschaftslebens, deren Folgen unabsehbar sind. Wenn die durch das Abkommen bedingte veränderte Kohlenknappheit nicht zu einer Katastrophe für Land und Volk führen soll, so muß sofort eine ungewöhnlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten. Sie hat eine Kräftigung der Bergarbeiter zur Voraussetzung, die mit den derzeitigen Ernährungs- verhältnissen nicht gelöst werden kann. Das erforderliche hohe Maß an Arbeitskraft, Arbeitsfreude und Arbeitsintensität macht die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kohlenbergbaues zur dringenden Notwendigkeit, damit die Bergarbeiter und Angestellten mehr als bisher zur Klaren Einsicht der Verhältnisse im Bergbau gelangen und zu mitverantwortlichen Trägern der nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnenden Kohlenwirtschaft werden. Der Reichswirtschaftsrat wird zur Art und Form der Sozialisierung des Kohlenbergbaues urgend Stellung nehmen, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission, der bis spätestens 1. September 1920 erwartet wird, vorliegt. Zur Durchführung der eingegangenen Lieferungsverpflichtungen sind die nachstehenden Maßnahmen erforderlich: Die Mehrabgabe von rund 900 000 Tonnen Kohle monatlich kann nur durch erhöhte Förderung erzielt werden. Vorübergehend wird Ueberarbeit der Bergleute unvermeidbar sein. Sie ist im Einverständnis mit den Bergarbeiterorganisationen zu regeln. Die Lebenshaltung der Bergarbeiter ist mit allen Mitteln zu heben. Die Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft ist namentlich auch durch bessere Versorgung mit Düngemitteln zu steigern. Die Ansiedlung in den Bergrevieren ist unter Zurückstellung aller sonstigen nicht unbedingt notwendigen Bauten in verstärktem Maße zu betreiben mit dem Einsatze, daß in kürzester Frist das Verfabren von Ueber- schichten im Bergbau ganz oder teilweise aufhören kann. In jedem Kohlenrevier wird eine Kommission aus drei Mitgliedern und drei Arbeitnehmern zur Prüfung der betriebswirtschaftlichen und berg- technischen Verhältnisse eingesetzt. Insbesondere soll auch ihre Aufgabe sein, auf eine möglichst gute Beschaffenheit der Kohle einzuwirken. Die Kommission kann sich für Sonderaufgaben und zum Studium der Neuerungen im ausländischen Bergbau vergrößern. Eine sofortige gründliche Durcharbeitung der Kohlenverteilung nach volkswirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten, und schärfste Maßnahmen zur Sicherung ihrer Durchführung sind erforderlich. Insbesondere ist die Bewertung der Kohlen in der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft durch einheitliche Maß- nahmen zu regeln. Vorbedingung hierzu ist die Gliederung des Reichsgebietes in Wirtschaftsgebiete, die lediglich nach wirtschaft- lichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten vorzunehmen ist. Die weitestgehende Verwendung von Braunkohle ist durch- zuführen. Die Betriebe müssen, wo angängig, hierauf umgestellt werden. Die weitere Planung der Wasserkräfte ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Verkehrsvereinigungen zu Wasser und zu Lande sind der erhöhten Kohlenförderung anzupassen. Die Wärmewirtschaft ist in allen Betrieben gewerblicher und industrieller Art mit allen Mitteln zu fördern und zu heben. Die Industrien werden angehalten, auf dem Wege der Selbstver- waltung geeignete Einrichtungen zu schaffen. Zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen ist die während der Ver- handlungen in Spa in Aussicht gestellte zureichende Verbesserung der deutschen Wirtschaftsgebiete mit überhöhter Kohle zu sichern. Es wird Aufgabe der kommenden Verhandlungen in Genf sein, deren Vorarbeiten und Durchführung in enger Gemein- schaft mit dem Reichswirtschaftsrat geschehen müssen, die all- gemeinen Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands in das natürlch gebührende Verhältnis zu der deutschen Kohlenzeugung zu bringen. Der Reichswirtschaftsrat ruft alle Kreise des deutschen Volkes auf, an der Erfüllung des von Deutschland unter- zeichneten Abkommens von Spa tatkräftig mitzuwirken.

Die Ruhrbergleute zum Kohlenabkommen.

Berlin 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) In einer vom Viten Bergarbeiterverband einberufenen Konferenz der Verbandsvertreter und der Abgeordneten der Reichs- und Provinzialparlamente sprach der Abgeordnete Hül über das Kohlenabkommen von Spa. Er führte aus, daß in Spa eine neue Weltmacht, die Weltmacht der Arbeit, ihre Kräfte geltend gemacht habe, ohne deren Zustimmung alle diplomatische Beschäftigung wertlos seien. Unter Hinweis auf die Pflicht der Allgemeinheit gegenüber warnte Hül die Arbeiterkraft eindringlich vor dem Mißbrauch dieser Macht. Er sei der Meinung, daß die Einmischung der Entente nicht als Büffel aufzufassen sei. Die Unterzeichnung des Abkommens sei unter vielen Umständen aus innerpolitischen und internationalen Gründen ratsam gewesen. Man könne das Ziel, das Kohlenabkommen zu erfüllen, nur erreichen durch eine großzügige Verbesserung der Ernährung und eine Veränderung der Kohlenverteilung und der Befug- nisse der Betriebsräte. Die Tarifverträge dürften nicht angefaßt werden. Die Sozialisierung müsse sehr ernsthaft in Angriff genommen werden.

In der Diskussion stimmte der Unabhängige Genosse Pieper den Ausführungen Hül zu. Der Steiger Werten kündigte an, daß die Vorzüge der Sozialisierungskommission schon in den nächsten Wochen erkunden werden. — Okerot, der als Vertreter des Reichswirtschaftsrats am Tische saß, hielt die Lösung der Kohlenfrage nur durch die neue Zu- stimmung von Arbeitskräften für möglich. Nach mehr- stündiger Debatte wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem es heißt:

Gegen die angebotene militärische Gewaltpolitik, in der die Absicht der Verfallung der Ruhrbergleute er-

stehen, werden wir uns energisch zur Wehr setzen. Wir sind freiwillig bereit, mit allen unsern körperlichen und geistigen Kräften dahin zu wirken, die Kohlenförderung so zu steigern, daß sie von der Entente verlangte Kohlenmenge, außerdem der Kohlenbedarf unseres Heimatlandes und die Vorräte für Holland, die Schweiz usw. erfüllt werden können. Hierzu ist aber in erster Linie eine weit reichere als die gegenwärtige Ernährung der Bergarbeiterbevölkerung notwendig. Die gegenwärtige Situation macht es aber auch notwendig, daß wir an d. Vorkriegszeit die Förderung erhöhen, die Sozialisierung des Bergbaues ungehindert in Angriff zu nehmen, denn von der Förderung und Verwertung gerade der Kohle hängt das Schicksal Deutschlands ab, wie die Verhandlungen in Spa aller Welt gezeigt haben.

In einer weiteren Resolution werden die Arbeiterorganisationen aufgefordert, im Verein mit den Organisationen der Eisenbahner und der Schiffsmannschaften sofort Vorkehrungen zu treffen, daß in solchen Vorfällen, in denen sich Abspaltungsbemühungen vom Deutschen Reich bemerkbar machen, die Versorgung mit Kohlen unmöglich gemacht wird.

Weitere Schritte zielen auf die tatsächliche Förderung der Sozialisierungsbestrebungen, auf die Verallgemeinerung der Zweifelhinterlassenen, auf die verkehrswirtschaftliche Förderung der Arbeiter, auf die Unterstützung der Arbeitervereine usw. — Ein Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft und ein weiterer Antrag, den Tarifvertrag und das Übereinkommen sofort zu kündigen, wurden abgelehnt.

Das naive Reichswehrministerium.

Keinmal ist die Kenntnis der Dinge so groß wie in der Pressestelle des Reichswehrministeriums. Alle 14 Tage braucht das Wehrministerium einen neuen Pressebeamten, weil überhaupt niemand die Nervenkraft ausbringen kann, die Schwindelnachrichten und Ausreden länger als 14 Tage der Öffentlichkeit vorzuführen. Jetzt möchte das Reichswehrministerium der Öffentlichkeit vorreden, die Angelegenheit in Cuxhaven, wo die Schwarzweissrotte Flagge auf den Kasernen, der in Schiffsstammdivisionen umgelauten Marinebrigade Ehrhardt stattfindet, sei in bester Ordnung. Die Flagge sei die rechtmäßige Kriegsflagge, die man offenbar darum holt, weil man sich im Kriegszustand mit allen Nicht-Monarchisten und sonstigen Juden befindet. Sie sei auch nicht ständig auf der Kaserne, wie Böswillige behaupten, sondern man habe sie jetzt heruntergeholt, und sie werde nur noch auf Befehl des Kommandanten gehißt. Hakenkreuze seien zwar auch noch an den Helmen, aber das Reichswehrministerium könne nichts dafür, denn sie seien verboten, und alle Mannschaften hätten sie ja auch nicht an den Helmen, sondern „nur ein Teil derselben“.

Ebenso sei die Sache in Osnaabrück. Das Militärgericht, das feststimmweise den Mann nicht finden konnte, der in der Versammlung der Friedensgesellschaft einen Teilnehmer schwer verletzt hat, obwohl er bereits am 21. verhaftet war und die Tat gestanden hatte, hat jetzt zum ersten Male überhaupt den Namen des Mannes genannt. Wie das möglich ist, wissen die Götter! Wer glaubt, verdient in eine Adolfsanstalt gesteckt zu werden. Das schwerköpfige Militärgericht hat dem Verbrecher, nachdem er von den Zivilbehörden aus der Haft entlassen worden ist, einen mehr als zweimontatigen Vorprung für die Flucht verschafft. Im Reichswehrministerium lächelt man still: na, was ist schon dabei, es ist doch alles in Ordnung!

Es ist für jeden Vernünftigen klar, daß hier ein Verbrechen im Umkleekabinett vorliegt. Die schuldigen Mitglieder des Militärgerichts müssen zur Rechenenschaft gezogen, müssen angeklagt werden auf Grund des Paragraphen 316 des Strafgesetzbuches.

Ein Beamter, welcher vermög seines Amtes bei Ausführung der Strafgewalt oder bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken hat, wird mit Achttausend bis zu hundert Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, oder eine Handlung begeht, welche geeignet ist, eine Freiheitsstrafe oder eine dem Gesetz nicht entsprechende Strafe zu bewirken, oder die Vollstreckung der angelegenen Strafe nicht betreibt, oder eine gelindere als die erkennnte Strafe zur Vollstreckung bringt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat ein.

Mildernde Umstände fehlen hier natürlich völlig! Wie denken Sie darüber, Herr Reichswehrminister?

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung.

Berlin, 23. Juli. Die Besprechung im Reichsministerium des Innern, an der die Vertreter aller Länder teilnahmen, hat zur Genehmigung des von dem Reichsministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurfs zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung geführt. Der Entwurf sieht eine Aufforderung an die Zivilbevölkerung zur freiwilligen Abgabe der Waffen innerhalb einer bestimmten Frist vor. Erst nach Ablauf dieser Frist soll die zwangsweise Entwaffnung eintreten. Zu diesem Zweck sind hohe Strafen vorgesehen für diejenigen, die ihre Waffen trotz der ersten Aufforderung nicht abgeliefert haben. Für die freiwillige Abgabe der Waffen sollen Prämien ausgesetzt werden. Die Aktion soll von der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Eine Heranziehung der Reichswehr soll nur dann erfolgen, wenn die Umstände es erfordern.

Soweit die offizielle Meldung. Auf der Spaer Konferenz ist die deutsche Regierung die Verpflichtung eingegangen, die Sicherheitspolizei schrittweise aufzulösen; jetzt ist sie es nicht auf, sondern benutzt sie zur Entwaffnung der Bevölkerung. Gegen eine solche Erfüllung der Spaer Verpflichtung muß protestiert werden.

Vorlesung der Schwindel-Periode.

Obwohl die Reichsregierung alltäglich einen Schwindel der bürgerlichen Presse über rote Armeen und sonstige gefährliche Institutionen loszulegen muß, hört doch die bürgerliche Presse mit ihren Erfindungen nicht auf. Vor wenigen Tagen erst wurde der Schwindel mit dem Hallschen Kurier durch amtliche Aussagen aufgedeckt, dann wurde die gewaltige Ente über die Hamburger Kampforganisation erlegt, und nun sind schon wieder Nachrichten zu demontieren über die Vorgänge in Königsberg und Insterburg. Auch hier heißen die amtlichen Berichte alles glatt erfunden und aus den Fingern gezogen. Ganz besonders hatte sich dabei das Berliner Tageblatt, das sich so gern als arbeiterfreundlich bezeichnet, hervorgetan. Jetzt bringt es wieder verdächtige Mitteilungen über Unruhen in Königsberg und Ausbreitungen der streikenden Arbeiter und wieder erklären alle amtlichen Stellen, daß es sich um eine ungehörige Schwindel handelt. Das Berliner Tageblatt scheint eine seltsame Art zu haben, seine Freundschaft

für die Arbeiter zu äußern, zumal es kürzlich die Arbeiterschaft der Entente als brauchbares Kanonensutter vorwerfen wollte. Es erklärte nämlich dem Sinne nach, im Ruhrgebiet sei die Arbeiterschaft jetzt so schön ausgeregt, daß jetzt der geeignete Moment für die Besetzung des Ruhrgebietes gekommen wäre. Die erregte Arbeiterschaft werde, so hofft Herr Theodor Wolff, dann wiederum einmal die Folgen der imperialistischen Pläne ausbaden und sich in Konflikte mit einmarschierenden Truppen verwickeln. Das Tageblatt, in dem doch immer der Wolff im Schafspelz als Chefredakteur umgeht, hat sich aber auch darin geirrt, die deutsche Arbeiterschaft denkt nicht mehr daran, sich 1920 ebenso mißbrauchen zu lassen wie 1914.

Protestkundgebung gegen die bayrische Reaktion.

In München fanden am Donnerstag vier Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, in denen gegen den Beschluß des Landtags, den Antrag der Partei auf Haftentlassung der in den Landtag gewählten Genossen Rießisch, Hagemeister, Sauter und Schmidt abzulehnen, entschiedener Protest erhoben wurde. Es wurden Resolutionen angenommen, die einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik im Lande fordern.

Die vier Genossen sind bekanntlich wegen ihrer Tätigkeit in der Münchener Arbeiterrepublik zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden und rufen jetzt ihre Strafen auf Festung. Da sie keine ehrenrührigen Handlungen begangen haben — das beweist schon ihre Verurteilung zu Festungshaft — hätte man annehmen sollen, das bayrische Landesparlament würde dem Antrag unserer Genossen ohne weiteres zugestimmt haben. Aber weit gefehlt: die bayrische Reaktionäre, die sich vor der Wahl im Landtag verzeigten, pfeifen auf die Erfordernisse des Parlaments, wenn es ihnen paßt: für den Antrag unserer Genossen erhoben sich nur die sozialistischen Parteien.

So schänden die bayrischen Mehrheitsparteien den parlamentarischen Gedanken und schalten auf das offene Volk, was sie von ihrem eigenen Phrasenschwall über die Volksherrschaft und Demokratie halten, den sie während des Wahlkampfes so reichlich pfeifern ließen. Soweit sie ihre Interessen hochhält, ist ihnen die Demokratie genehm. Darüber hinaus aber sie auswirken zu lassen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn.

Gegen die französische Gesandtschaft in München.

München, 23. Juli. In der heutigen Sitzung des bayrischen Landtags kam der Ministerpräsident Dr. von Raahr auch auf die Wiederbesetzung der französischen Gesandtschaft in München zu sprechen.

Danach ist die bayrische Regierung mit der deutschen darüber einig, daß die Reichsverfassung nach Artikel 78, Absatz 1 die Einsetzung besonderer Gesandtschaften in den Bundesstaaten untersagt. Das Beglaubigungsschreiben aber mußte in München entgegengenommen werden, um Weiterungen zu vermeiden — der frühere Reichsminister des Auswärtigen sei damit einverstanden gewesen. Die weiteren Verhandlungen seien nun Sache des Reiches.

Die sozialdemokratische Fraktion gab dann eine Erklärung ab, worin lebhaft bedauert wird, daß der Ministerpräsident bei dem Empfang des Herrn Dard unbekannt mit der Wahrung der Formen der internationalen Höflichkeit keine förmliche und feierliche Rechtsverwahrung auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung abgegeben hat, ferner, daß angesichts des ungehörlichen Vorgehens der französischen Regierung der Ministerpräsident nicht sofort durch eine amtliche Erklärung die Befolgung im Vollen zurückgewiesen hat. Die Partei erklärt auch bei dieser Gelegenheit, daß alle Versuche, die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik und des deutschen Volkes zu untergraben und zu zermürben, den geschlossenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft finden wird. Von der bayrischen Regierung erwarten wir, daß sie die Reichsregierung ersucht, durch geeignete Schritte beim Obersten Rat der Entente für die Abberufung des französischen Gesandten in München zu wirken.

Ein neuer Korruptions-Skandal.

Die Universums-Filmattienge, kurz „Ufa“ genannt, ist durch gewaltige Kapitalübernahme aus amerikanischen Quellen ein mit überwiegend ausländischem Kapital betriebenes Unternehmen. Um seine kapitalistischen Interessen auch in amtlichen Stellen wirkungsvoll vertreten zu können, hat diese Gesellschaft jetzt einen ihrer Beamten, Herrn von Kombart, den ehemaligen Presseleiter der Gesellschaft an die leitende Stelle des Film-Dezernats des Auswärtigen Amtes geschmuggelt. Das Auswärtige Amt gibt sich noch zu Entschuldigungen her, indem es behauptet, Herr Kombart sei jetzt aus der Ufa ausgeschieden und irgendeinen Film-Jahmann habe man doch nehmen müssen. Demgegenüber muß festgestellt werden daß Herr v. Kombart niemals Film-Jahmann gewesen ist sondern bis vor wenigen Wochen noch Königl. Preuß. Offizier war. Daß vor allem aber Herr Kombart der Schwager des Herrn von Stauff des Vorsitzenden des Ausschusses der Ufa ist, auf diese Weise also die engsten Beziehungen zu dem Unternehmen hat. Nach diesen Enthüllungen, die jetzt allgemein die Presse befähigt dürften, wird sich das Auswärtige Amt wohl doch entschließen müssen, sich an Stelle des Herrn v. Kombart einen andern Film-Dezernenten zu suchen.

Die Verhandlungen Hugo Sinnes' mit der französischen Industrie.

Aus Basel erhält das Berliner Tageblatt unterm 23. Juli folgende Pariser Meldung:
Der Populäre teilt mit, daß Herr Chéradame aus der Redaktion der Démocratie Nouvelle und gleichzeitig aus dem Exekutivkomitee der gleichnamigen Partei ausgeschieden ist, weil der Leiter der Démocratie Nouvelle die Aufnahme eines Artikels verweigerte, der sich gegen die Tendenzen in der französischen Industrie richtete, die auf die Herstellung einer Interessengemeinschaft mit Hugo Sinnes in der Kohlenfrage hinarbeitete. Die

Verweigerung der Aufnahme des Artikels soll erfolgt sein, weil der Verfasser der Démocratie Nouvelle, Bataillon-Lévy, angeblich im Unterhandlungen mit Finanzkreisen hand, die ein Interesse daran haben, zu einer Interessengemeinschaft mit Hugo Sinnes zu kommen mit dem Ziele, von Sinnes Kohlen für die Belieferung ihrer Unternehmungen zu erhalten. Der in Frage kommende Artikel wird heute von der Action Française veröffentlicht.

Die polnischen Seeresberichte.

Der polnische Seeresbericht vom 23. Juli meldet u. a.: Unsere Abteilungen haben sich nach erbitterten Kämpfen der Front im Grodno auf dem südlichen Nemenufer bemächtigt. Der Feind zog sich in die Stadt zurück. An der Nemenlinie heftiges Artilleriefeuer. Die Bolschewisten haben die Schara bei St. Onin überschritten und besetzten Rossan. Im übrigen istelen sich an den verschiedenen Frontabschnitten heftige und erbitterte Kämpfe ab, die nach dem polnischen Bericht einen günstigen Verlauf für die Polen nehmen. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr schwer.

Der polnische Seeresbericht vom 24. Juli meldet u. a.: Die Polen haben Baranowitsch geräumt und kämpfen nun westlich des Schara-Flusses. Mehrere feindliche Anstöße auf die Linie am Stry-Buk wurden abgelehnt. Bei Boronic gelang es dem Feind, an das Okuzar zu kommen. In der Gegend von Dubno kam es zu heftigen Kämpfen. Die feindlichen Anstöße wurden unter schweren Verlusten auf beiden Seiten abgelehnt.

Nachdem die russische Regierung die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen bewilligt hat, ist die Beendigung der Feindseligkeiten wohl in Kürze zu erwarten. vorausgesetzt, daß den Polen durch ihren letzten Teilerfolg nicht wieder zu sehr der Rammschwiff. Abirgens hat der Vertreter der flüchtigen ukrainischen Regierung Petliura sich von Polen losgelöst. Er hat der polnischen Regierung eine Note geschickt, in der er für Deklassifizierung des Selbstbestimmungsrecht fordert.

Wilna den Litauern übergeben.

Warschau, 26. Juli. (T. U.) Wilna ist von den Bolschewisten den Litauern übergeben worden. Die Bolschewisten verhandeln mit Litauern über den Durchmarsch ihrer Truppen nach der ostpreussischen Grenze über litauisches Gebiet.

Die Neutralität Deutschlands im russisch-polnischen Kriege.

Berlin, 26. Juli. (T. U.) Die Reichsregierung hat unter dem 25. d. M. eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjet-Rußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Mitteln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit die Gegenstände für das Gebiet eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlaß dieses Verbots von einer ihr nach anerkanntem Völkerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gebliebenen Befugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei vor der andern durch Zuführen von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Die Eisenbahner gegen eine Verletzung der Neutralität.

Berlin, 26. Juli. (T. U.) Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner des ganzen Reiches eine Entschlüsselung angenommen, wonach er es als eine unbedingte Notwendigkeit erklärt, jede Verletzung der Neutralität durch Transport von fremden Truppen und Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Kleine Auslandsnachrichten.

Bestige Kämpfe in Belfast.

London, 24. Juli. Nach Meldungen aus Belfast kam es gestern abend neuerdings zu schweren Unruhen in einigen Stadtteilen. Die Menge kürzte eine katholische Kirche, in der sich ein militärisches Detachement befand. Mehrere Soldaten wurden auf die Menge abgefeuert, nachdem diese vergeblich aufgefordert worden war, sich zu zerstreuen. Anzahlreiche Personen wurden verletzt. Auch einige Fälle von Plünderungen werden gemeldet.

Das Ende des Streiks in Rom. Bureau Stefani meldet vom 23. Juli: Der Oblustrationsstreik in der Elektriker und der übrigen Betriebe wurde beigelegt. Die Straßenbahnen verkehren wieder ohne Zwischenfälle.

Schwere Kämpfe um Batona. Nach einer Stefani-Meldung aus Batona haben während der Nacht die „Ausländischen“ auf ihrer ganzen Front angegriffen und an mehreren Stellen die Drahöverhänge durchbrochen können. Mit Hilfe der Marineartillerie gelang es den italienischen Truppen, nach langen Kämpfen ihre alten Linien wieder herzustellen und den Insurgenten schwere Verluste zuzufügen.

Unruhen in Böhmen. Der Prager Botschafter bringt ausführliche Berichte über kommunistische Unruhen im Mählarbezirk. Wie die Bohemian erzählt haben sich die „kommunistischen“ Unruhen in Mählar am 22. Juli in größerem Umfang wiederholt. Das Mählarer Schloss und die großen Weinberge wurden von den Unruhstörern geplündert. Abends wurde Militär zur Unterdrückung der Unruhen entboten.

Aus der Partei.

Frankreichs Furcht vor einem deutschen Unabhängigen. Die französische Regierung hat die Einreiseerlaubnis für den von der französischen sozialistischen Partei zur Gedächtnisfeier für Kaurès am 31. Juli nach Paris eingeladenen Genossen Deboveur verweigert.

Von Nah und Fern.

Große Brände. Venedig, 25. Juli. (Agenzia Stefani.) Ein heute nacht im Arsenal ausgebrochener Brand griff auf die Stadtbezirke San Marino und San Francesco über. Da das Museum bedroht war, wurden keine Kostbarkeiten weggeschafft. Wiederholt waren Explosionen hörbar. Einige Truppen rückten ein. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Bomben. 25. Juli. (Agence Havas.) Seit dem 17. Juli brennt der Stoffmarkt: 2000 indische Magazine sind vollständig zerstört. Der Schaden wird auf mindestens 5 Millionen geschätzt. Am 21. Juli dauerte der Brand noch an.

Bericht über den russischen Letz:
Gebraucht in Leipzig.
Verantwortlich für den Inhalt:
A. Riedel, Leipzig.
Druck und Verlag: Betriebsrat der Arbeitergemeinschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

U. S. P. D. Gross-Leipzig. Verband der Steinsetzer und Beruflgen.

Leipzig. Puppentheater. Karten hierzu sind in der Filiale der Leipziger Volkszeitung und beim Genossen Gaert, Lindenauer Straße 27, I. zum Preise von 50 Pfg. auch für Erwachsene zu erheben. Auf alle zu 75 Pfg. verkauften Karten erfolgt am Tage der Vorstellung, dem 30. Juli, Rückzahlung von 25 Pfg. Sammeln 1 Uhr Schwarzer Jäger.

Deich-Gaußsch. Dienstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr. **Oggenh. Versammlung** im Alten Gathof, Gaußsch. Thema: Die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinde. Freie Aussprache.

Wittich. den 28. Juli, **Frühjahrsausflug** nach dem **Puppentheater, Papa Kleinmütz.** Treffpunkt mittags 1 Uhr am Deichler Bahnhof. Jedes Kind hat für Eintritt und Bahnfahrt 50 Pfg. mitzubringen. **Sonntag, den 8. August, Volks- und Kinderfest** auf der Feldwiese am Tannenwald, Gaußsch. Karten bei den Beisitzern und Konium. Der Vorstand.

Wichtig für Kaufleute und Wiederverkäufer
Herren Stoffe 140 bis 150 breit
prima gutverfügbare Qualitäten und Farben von Mk. 25 an
Ein Versuch, Sie sind dauernd Kunde.
Gelb, Leipzig
Frankfurter Straße 6, I. Telefon 4630.

Mottenfrass Retten Sie Ihre Garnitur, Teppiche, Pelz, Wollwachen etc. Nicht die liegende Motte ist der Schädling, sondern die **Mottenmade**. Diese besetzt restlos **Nicodal III.** Preis p. Dose M. 5.—
Verkauf: Drogerie A. Zander, Klosterstraße 11. Drogerie E. Zschiesche, Dufourstraße 13.

Margarine-Werke Jurgens & Prinzen G.m. Goch

hätten, nachdem der Handel mit Margarine freigegeben, sich wegen Bezugs derselben mit ihrem Generalvertreter, Herrn

Eduard Brade, Leipzig-Gohlis

Montbéstrasse 4 :: Fernsprecher 2265

in Verbindung zu setzen. Dasselbst stets frische Eingänge. — Mit Lieferung unserer **altbekanntesten und beliebtesten Spezialmarken**

„Solo“ und „Cocosa“

beginnen demnächst.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr, im **Volkshaus:**
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern über die Lohnsätze im Reichsarbeits- und Stellenamtgesetz hierzu. 2. Gewerkschaftliches.
Die Vorstandsmitglieder wollen sich um 6 Uhr zu einer Sitzung einfinden.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig, da es sich um die Interessen eines jeden handelt.
Der Vorstand.

Familien-Nachrichten
Unerwartet erbeite der Tod durch Schlaganfall das arbeitsreiche Leben meines lieben guten Mannes, meines treueren Vaters, Bruders, Onkels und Großvaters, des
Emil Haubold,
Tischlers
L. Schleusig, Königsstr. 31, III. An tiefster Trauer
Berta Haubold geb. Thomas
nebst Kindern, Geschwistern, Nichten und Enkeln.
Von Blumenbesuchen bitten abzusehen. — Einäscherung
Dienstag, nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste meiner innigstgeliebten Gattin, unsrer guten Mutter, Tochter und Schwester,
Frau Minna Rau geb. Flohr
sagen wir allen Beteiligten hiermit herzlichsten Dank.
Burghausen, den 18. Juli 1920
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Feizer

Wohnsitz: Hotel Victoria, IV. St., 31.108 u. 109 (Eing. Badstraße) sowie Berufsgenossen
Kreiselstunden: vormittags von 8-10 Uhr und nachmittags von 5-7 Uhr.
Zahnstelle Leipzig ::
Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gesellschaftssaal des Volkshauses.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle und Kassenbericht vom 2. Quartal.
2. Gewerkschaftliches.
Den angemeldeten Teilnehmern für den sachlichen Unterrichtskursus zur Nachricht, daß in dieser Versammlung die Antwort des Arbeitsministeriums bekannt gegeben wird.
Demgemäß erwartet allezeitiges Erscheinen **Die Ortsverwaltung.**
Zutritt erfolgt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte!

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig
Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Münzstraße 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Achtung! Strassenbahner! Achtung!

Dienstag, den 27. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Versammlung
im grossen Saal des Volkshauses, Zeiser Straße.
Tagesordnung: 1. Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen.
2. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem dienstfreien Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, diese Versammlung zu besuchen.
Ausweise sind am Saaleingang vorzuzeigen.
Ohne Verbandslegitimation kein Zutritt.
Sektion der Strassenbahner.
J. H. R. Schäfer.

Geschirrführer u. Arbeiter in den Speditions-Kohlen- und Transportbetrieben.

Donnerstag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, im **Pantheon, Dresdner Straße:**
Grosse Versammlung.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Ablauf unseres Lohntarifes.
2. Gewerkschaftliches.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist dringend nötig.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Die Sektionsleitung.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend (Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht)

Unser diesjähriger Saison-Ausverkauf hat heute begonnen.

Er bietet in allen Abteilungen grosse Vorteile!

<h3>Wäschestoffe</h3> <p>Hemdentuch, gute Qualität . . . 13.— Nessel, roh . . . 11.— Nessel, grau . . . 11.— Hemdenbarchent, weiss, Körper und Molton . . . 10.50 Handtuchdrell . . . 11.— Bettuchleinen, 130 cm breit . . . 28.— Bettzeug, bunt 48 cm breit . . . 19.— 130 cm breit . . . 28.—</p>	<h3>Schürzen</h3> <p>Kinderschürzen, bunt und hellgestreift . . . von 10.— an Kinderschürzen, weiss, Batist und Mull . . . von 13.— an Kinderschürzen, schwarz mit buntem Besatz . . . von 10.— an Frauenshürzen, bunt und hellgestreift . . . von 13.— an Blauschürzen . . . von 14.— an Tändelschürzen, mit Stickerei und Einsatz . . . von 20.— an Wiener Schürzen . . . von 20.— an</p>	<h3>Damen-Wäsche</h3> <p>Damenhemden Hemdentuch mit Stickerei . . von 30.— an Beinkleider Hemdentuch mit Stickerei . . von 18.— an Röcke Hemdentuch m. Stick. u. Einsatz von 50.— an Untertailen Batist und Stickerei . . . von 15.— an Korsette, beste Qualitäten mit Garnitur . . . von 28.— an Stickereien und Einsätze in allen Breiten</p>	<h3>Herren-Wäsche</h3> <p>Normalhemden von 40.— an Maccohemden von 50.— an Maccohemden, mit Einsatz . . von 50.— an Barchenthemden von 55.— an Kinderhosen grau gestrickt von 4.75 an Sportkragen weich und in allen Weiten . von 5.25 an Hosenträger Gurt von 5.— an Hosenträger Gumm von 18.— an</p>
<h3>Herren-Konfektion.</h3> <p>Herren-Anzüge, solide Stoffe, gute Verarbeitung . . . von 375.— an Burschen-Anzüge . . . von 127.— an Knaben-Anzüge, Grösse 1 . . von 40.— an Herren-Hosen von 65.— an Burschen-Hosen von 17.— an Knaben-Hosen von 16.— an Anzugstoffe, gute tragfähige Qualitäten von 60.— an</p>	<h3>Schuhwaren.</h3> <p>Herren-Schnürstiefel, Rind-Box, elegante amerikanische Form . . . 165.— Herren-Lederhausschuhe . . . 49.50 Damen-Derby-Schnürschuhe, eleg. Form, hoher Absatz . . . 85.— Damen-Halbschuhe, braun, Boxcalf, sehr elegant . . . 125.— Damen-Spangenschuhe m. einfacher und Kreuzspange . . . 98.50 Ledersandalen Gr. 27-30 Gr. 31 35 Gr. 36-42 49.50 54.— 63.75 Segeltuch-Turnschuhe Gr. 25-30 Gr. 31-35 Gr. 36-42 17.75 21.75 25.75</p>	<h3>Imitierte Lederwaren.</h3> <p>Damen-Handtaschen . . . von 1.50 an Besuchs-Taschen . . . von 1.50 an Damen-Tressors . . . von 1.50 an Herren-Tressors . . . von 1.50 an Brieftaschen . . . von 1.50 an Papiergeldtaschen . . . von .75 an Kinderbörsen . . . von .50 an Frühstückstaschen . . . von .50 an</p>	<h3>Blusen, Röcke, Kleider.</h3> <p>Damen-Blusen in Batist, Voile und Wollstoffen . . . von 24.— an Röcke von 15.— an Kindermäntel von 45.— an Kinderkleidchen in diversen Waschstoffen . . . von 45.— an Kittkleidchen in Woll- und Waschstoffen . . . von 12.— an Damen-Regen-Mäntel in Seide und Gummi</p>
<h3>Waschstoffe</h3> <p>Perkale, für Blusen und Hemden . . von 19.— an Musseline, hell und dunkel . . . von 12.— an Batiste, glatt und bestickt . . . von 14.— an Voile, glatt, bestickt und bedruckt . von 18.— an Crepons, hell und dunkel . . . von 12.— an</p>	<h3>Ein Posten</h3> <p>Scheiben-Gardinen, Tüll-Gardinen, abgepasst und Meterware, im Preise ermässigt</p> <p>In unseren Lebensmittel-Geschäften: Rangoon-Voll-Reis . . . per Pfd. 7.50 Brasil-Voll-Reis . . . per Pfd. 4.50 Margarine (markenfrei) . . . per Pfd. 12.— Speiseöl . . . per Pfd. 16.— Speiseöl, prima . . . per Pfd. 20.— Weisskohl . . . per Pfd. 0.25 Birnen . . . per Pfd. 0.80 bis 1.— Einleg-Gurken . . . per Schock 12.—</p>	<h3>Ein Posten</h3> <p>Wirtschafts-Artikel, Emaille, Aluminium, Steingut, im Preise ermässigt</p>	<h3>Stümpfe</h3> <p>Kinderstrümpfe, schwarz von 2.30 an Kinder-Söckchen, schwarz, weiss und braun . von 3.50 an Damenstrümpfe, schwarz von 9.25 an Damenstrümpfe, schwarz und farblich . . von 10.— an Herren-Socken, schwarz und grau . . . von 4.— an</p>

5 Waggons Zündhölzer, ein Paket (10 Schachte'n) 3.50

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Gewererrat 9. Lebens- und Genussmittel-Industrie. Dienstag, den 27. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Kartell...

Wollversammlung. Heute, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Russland...

Ordnung U. O. R. Der Diskussionsabend heute abend fällt wegen anderer Veranstaltungen aus.

Genoss. Alle Genossen, die sich zum Ortsklub gemeldet haben und noch melden wollen, treffen sich Dienstag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Gasthof.

Achtung! Mitwirkende beim Gewerkschaftsfest („Spartakusausschuss“).

Die letzten Proben stehen vor der Tür. Heute, Montag, wird das 1. Bild einstudiert. Am Mittwoch beginnen die Proben in der Arena...

Noch immer Wirrwarr beim Steuerabzug.

Wie wiederholt die Mehrheit der Nationalversammlung bei der Steuerabgabe gearbeitet hat, stellt sich immer mehr heraus. Man beschloß einfach — und die Rechtssozialisten waren mit dabei — den Lohn- und Gehaltsempfängern 10 Prozent abzuziehen...

Nach der neuen Bestimmung, die am 1. August in Kraft treten soll, sollte der steuerfreie Teil des Einkommens abzugsfrei bleiben, bis zu einem Einkommen von 15 000 Mk. sollte der Abzug 10 Prozent betragen...

Im Reichsfinanzministerium hat am Freitag eine Besprechung stattgefunden, an der Vertreter der Arbeiter- und der Unternehmerorganisationen teilnahmen. Es bestand Übereinkunft in dem Sinne, daß das vom Reichstag beschlossene Erziehungsgesetz vom 1. August ab nicht durchzuführen sei...

Kaiserschlüsse.

Keine weiteren Obstpflanzungen. Im Jahre 1917 haben die städtischen Kollegien zur Förderung des Obstbaues beschlossen, auf einem Teil der Möckernschen Wiesen Obstpflanzungen herzustellen...

Hundstage.

Ohne Gang und Klang, ohne jedes äußere Merkmal durchleben wir alljährlich im Hochsommer die vier Wochen andauernde Zeit der Hundstage. Nur zwei kurze Bemerkungen im Kalender: „Juli 23: Anfang der Hundstage“ und „August 23: Ende der Hundstage“...

Von der Bedeutung des Hundstages, an dem der „Stier der Isis“ aufging, d. h. morgens zuerst sichtbar wurde, zeugt das berühmte Dekret von Kanopus, das Lepsius, Reinisch und Köster

bewirtschaftung der Stadt übernommen wird, wurde der Pächter des Markthallenrestaurants Eppendorfer gewählt.

Technische Ausgestaltung des Stadtbades. Um den Betrieb des Stadtbades durch Ersparnis an Wasser und durch Ausnutzung der Abgaswärme aus dem städtischen Gaswerk am Nordplatz wirtschaftlicher zu gestalten, wurden 220 000 Mk. zum Einbau der erforderlichen technischen Anlagen zu Lasten des Stammvermögens bewilligt...

Miet- und Pachtwertsteuer. Den Beschlüssen der Stadtratsordnungen zur Vorlage über Erhöhung der Miet- und Pachtwertsteuer wurde beigetreten. Den Stadtratsordnungen ist Mitteilung zu machen. Die Steuer soll in einem Betrage am 15. August (2. Termin) erhoben werden.

Teuerungszahlen für Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie in je vier Wochen in Leipzig (in Mark):

Table with 4 columns: Category (Nahrung, Wohnung, etc.), and three columns of price ranges (I, II, III). Rows include food, housing, clothing, and other necessities.

Die Teuerungszahlen I sind nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grundzahlen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels, berechnet...

Die Teuerungszahl I, die ihren höchsten Stand im Vierwochenabschnitt vom 3. 5. bis 20. 5. 20 mit 883 Mk. erreicht hatte, ist infolge des Preisrückganges für wichtige Nahrungsmittel, der auch auf die alltäglichen Verteilungspreise drückte, seit der letzten Veröffentlichung der Zahlen weiter gesunken...

Zirkus Sarraani vom Wirbelsturm abgedeckt.

Der Wirbelsturm, der am Sonnabendabend gegen 6 Uhr über Leipzig tobte, konnte sich auf den Lindenauer Wiesen besonders auswirken. Das große Manegefeld des Zirkus Sarraani auf dem Neßplatz wurde vom Sturm erfasst und brach unter starkem Krachen zusammen...

Zur Zeit des Unglücksfalles war das Artistenpersonal einer Einladung des Direktors zur Besichtigung des Völkerschlachtdenkmalns gefolgt. Im Zelte befanden sich nur der Oberregisseur Cariot, der Elektrotechniker Jungbühnel und ein Herr Kamator aus Witten...

Der Tierbestand, der in Zeltbaracken untergebracht war (140 Pferde, 13 Elefanten, 6 Kamäle und viele andre Tiere), ist unversehrt geblieben, aber der sonstige Materialschaden ist sehr bedeutend. Liefert doch allein der Zeltstoff mehr als eine Million Mark...

Die Aufräumungsarbeiten haben sofort nach dem Unglück begonnen; zahlreiche Handwerker wurden herbeigerufen, um die Manege wieder instandzusetzen. Da die Sicherungsarbeiten auf erhalten bleiben, sind die Arbeiten soweit geblieben, daß schon am Sonntagabend eine Vorstellung unter freiem Himmel stattfinden konnte...

Wie von der Leitung des Zirkus noch mitgeteilt wird, hatte das Zelt einen Konstruktionsfehler, doch sind die vorgetragenen Bedenken von der Konstruktionsfirma zerstreut worden.

geleitete Untersuchung wird die Ursache des Unglücks festzustellen haben. — Die Unglücksfälle wurde am Sonntage von Tausenden besichtigt.

Der „Nachrichtendienst“ der sächsischen Landespolizei.

Das Kreisamt 2 der Sächsischen Landesicherheitspolizei schreibt uns zu Absatz 2 und 3 unseres Artikels vom 25. 6. 20 „Wozu trifft die Landesheerespolizei Vorbereitung?“. Ein Beauftragter oder Beamter namens Volz aus Großschöcher befindet sich bei der hiesigen Dienststelle nicht.

Tatsache ist aber, daß ein Beamter der Nachrichtenstelle, die dem Kreisamt angegliedert ist, unter Vorlegung eines denselben dazu berechtigenden Ausweises beim Vorstehenden des Betriebsrats in vollkommen auflicher Weise um Auskunft über den Stand der Entlassungsfrage der Straßenbahner gebeten hat. Der Betriebsrat fragte, ob diese Nachrichtenstelle einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben könne...

Vor den Beamten der Nachrichtenstelle brauchen demnach die Arbeiter auch nicht gewarnt zu werden, da diese nichts tun, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte, sondern lediglich ihre Pflicht im Interesse des Staates und aller Bürger erfüllen, die es mit dem Schutze desselben unter Aufrechterhaltung der Verfassung christlich meinen.

Der Vorstand: Ganz, Oberst.

Dieser ganze „Nachrichtendienst“ ist weiter nichts als eine — sagen wir — Beobachtung der Arbeiterbewegung. Der Regierung stehen andre Organe zur Verfügung, wenn sie sich über die wirtschaftliche Lage unterrichten will. Dazu ist die Landespolizei nicht geschaffen und dazu ist sie auch völlig ungeeignet.

Hülfsfrüchte mit Äckern. Lange Zeit sind die Hülfsfrüchte zurückgehalten worden, um ein weiteres Steigen der Preise abzuwarten. Nachdem sich diese Annahme als irrig erwies, werden nunmehr in allen Geschäften die Hülfsfrüchte angeboten. Das lange Lager ist natürlich nicht spurlos an den Nahrungsmitteln vorübergegangen, Äcker und andre Insekten haben sich eingenistet...

Ein Werkblatt zur Warnung vor Körperlichen Züchtigungen hat die Städtische Schulddeputation in Berlin schon seit 1907 allen Lehrern und Lehrerinnen an den Berliner Gemeindefschulen verteilt lassen. Der Minister für Volksbildung hat die Regelungen beauftragt, ein ähnliches Werkblatt für die Lehrer und Lehrerinnen ihres Aufsichtsbereichs unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse ihres Bezirks herauszugeben...

Insektenfressende Pflanzen. Im Terrarium des Zoologischen Gartens ist, wie man uns schreibt, seit einigen Tagen in der Abteilung, worin bisher die Rudolfsgelege lagen, eine Anzahl äußerst merkwürdiger Pflanzen ausgestellt. Im Mittelpunkt der Schau steht eine Auswahl interessanter Fleischfresser. Gemäß sind alle Insekten, ihre Nahrung aus denselben anorganischen Quellen zu beziehen wie andre Gewächse...

Kleine Chronik.

Trotz dem Patriotenbund, der, wie schon an anderer Stelle gebührend festgenagelt wurde, in heldenmütiger Abwehr des Bolschewismus den russischen Volkshelden des Zirkus Sarraani die Veranlassung einer Gefangenschaft zu Wohlthatigkeitssenden im Völkerschlachtdenkmal unterlagte, hatten wir am Sonnabend Gelegenheit, die Wirkung dieser einzigartigen Weisen in der Riesentempel dieses Denkmals für die gefallenen Russen, Preußen und Oesterreicher zu bewundern...

Ludwig Ganghofer ist, 65 Jahre alt, in Tegernsee gestorben. Zahlreiche Romane und sogenannte Volksstücke aus dem oberbayerischen Landleben (wie er es sah) haben den Namen Ganghofers berühmt oder vielmehr berüchtigt gemacht. Der unwahre, fiktive Kultus des Landvolkes durch wirkliche und angebliche Bauerntheater, die in alle Welt reisten, nahm aus Ganghofers Werken mit Vorliebe keine Nahrung. Im Krieg hat sich der Mann noch mal extra blamiert, indem er seinen gleichwertigen Freund Lehmann an der sogenannten Front besuchte und von dort — oder von noch weiter hinten — Kriegsbücher überliefert Art losließ...

1806 in den Tempelruinen von Sän, dem alten Tants am antiken Nilarne (im Nildelta) aufstanden. Der Tempel, dem die in Kalkstein gehauene, in hieroglyphischer, demotischer und griechischer Sprache abgefaßte Inschrift angehörte, der Tempel der Götter Energeten zu Kanopus, war von den Energeten (Ptolemäerzeit) erbaut und dem Ostris geweiht. Sein unter der Regierung des Ptolemäus III. Energetes (247 bis 222 v. Chr.) von der Priesterhaft abgefaßter Text datiert nach F. A. Grunz vom 7. März des Jahres 238 v. Chr. Es bestimmte, daß von dem Tage an, an dem der Stern der Isis aufging, dem 19. Juli 238 v. Chr., alle vier Jahre ein Festtag der Götter Energeten (ehrenvoller Beinamen der Könige) nach den fünf Epagomenen gefeiert werde...

2167 Jahre sind heute seit dem Erlaß des Dekrets von Kanopus vergangen; Vieles und Großes hat sich in diesem langen Zeitraum ereignet, und doch ist er nicht einmal so lang, wie der ihm vorangehende Zeitraum der ägyptischen Geschichte, in dem die Priester der Memphis und andern großen Tempeln schon den Frühbeginn des Sothisjahres beobachteten, den zufolge den Inschriften der Gott Horus am Himmel eingeseht hat, und „der die Külle des Wassers herbeiführt, um das Land zu überschwemmen“. Schon zwei Jahrtausende lang vorher war „die große Göttin Sothis“ die Regentin des Jahresanfangs, wurde „der Stern der Isis“ in den heiligen Schriften als Neujahr angesehen. Nach E. Meyer fiel das erste Jahr der Sothisperiode auf den 19. Juli der Jahre 140 v. Chr., 1321 und 2781 v. Chr. So alt also ist schon die Geschichte des Hundsternes, die Einrichtung der Hundstage! Von der gewaltigen Dauer dieser Zeiträume erhalten wir noch einen deutlicheren Begriff, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das weitere Datum des heftigsten Siriusausganges der 19. Juli des Jahres 1600 war und das nächste der 19. Juli des Jahres 2800 sein wird. Im Laufe der Zeit ist in die genaue Datierung insofern eine kleine Veränderung gekommen, als nicht mehr der 19., sondern erst der 23. Juli als Hundstag bezeichnet wurde...

nährungsweife der Tiere. Wahrscheinlich vermehren sie dadurch die stickstoffhaltigen Bestandteile ihres oft dürftigen Nährbodens. Manigfaltig ist die Art, wie sich diese fleisamen Pflanzen die Insekten fangen. Bei der eigensartigen aus Indien kommenden *Reventia* haben sich Blattläuse zu wasserhaltigen Röhren ausgebildet, worin die hohlgewandenen, älgersteten Tiere unkommen. In ganz ähnlicher Weise hat die nordamerikanische *Sarracenia* Spikflanze entwickelt. Diese großen Exemplare werden hier im Zoo eingeleitet von einem ganzen Kranz des Sonnenraus, der sich den beiden andern Karniboren in mehreren Arten vertreiben ist. Er findet sich auch bei uns in *Sumpfpflanzen*. Weicher nicht sind keine mit klebrigen Haaren besetzten Blättern, die als Insektenfalle wirken. Auf die anderen ausgeht Man Sonderlinge aus dem Pflanzenreich soll nächstens hingewiesen werden.

Die 2. Städtische Wäschhalle, Zelter Straße 28, bleibt vom 2.-7. August wegen Reinigung geschlossen.

Zu dem vom Orchester V. Ost. U.S., am heutigen Abend stattfindenden Konzert im Albertparken zum Besten des Volkshausaufbaues, ausgeführt vom Musikverein Harmonie, können noch Eintrittskarten zu 1.50 Mk. am Saaleingang entnommen werden. Das Konzert beginnt um 7 Uhr.

Gewerholer. Die für morgen, Dienstag, angeordnete Vorstellung in Vava Kleinerer Puppenpieltheater kann aus technischen Gründen erst am Mittwoch stattfinden.

Zur Durchföhrung von Räumungsurteilen. Die Verordnung, daß die Durchführung von Räumungsurteilen der Zustimmung der Mieteinigungsämter bedarf, ist bis 30. September 1921 verlängert worden.

Die Feuerweh in Tüdtigkeit. In der Brandstraße war durch Einkurs eines Schornsteines das Dach und das Treppenhaus eines Wohnhauses durchgeschlagen. Die Feuerweh hatte längere Zeit mit Aufräumungsarbeiten und Abbleiben, sowie Gangbarmachen der Treppe zu tun. Im Gewandhaus wurde ein größerer Balkenbrand nach 2 stündiger Tätigkeit beendet. — Deftlicher Straße 7 gerieten in einem Lagerraum Kleben und Packmaterial in Brand. Er konnte mit einer Schlauchleitung bald gelöscht werden.

Knochen- und Fleisohsverkauf. Wildschotls von 9-10 Uhr Nr. 320-375 zum Höchstpreis.

Vollzeitanrichtungen.

Warnuna vor einem Mörder! Ein junges Mädchen wurde am 18. d. M. gegen 1/2 2 Uhr morgens auf dem Wege vom Lunavort durch die Gubardt Straße von einem jungen Manne angegriffen und auf dem Wege zur Stadt begleitet. Er überredete das Mädchen, den Weg am Charlottenhof vorbei durch den Wald zu nehmen, worauf es auch eingegangen ist. Im Wald angekommen, hat er die Abnungstote zu Boden geworfen, ihr ein Taschentuch in den Mund geklopft und verführt, sie zu verewaltigen. Infolge der energischen Gegenwehr des Mädchens ist der Mörder nicht zu seinem Ziele gelangt, sondern geflüchtet, nachdem er sich mit dem Mädchen längere Zeit herumgezockt hatte. Der Mörder wird von der Ueberfahnen als 25-30 Jahre alt, 1.70-1.75 m groß, schlank, mit schmalem Gesicht, bartlos und gefleckten Händen beschrieben. Bekleidet sei er gewesen mit dunkelbraunem Anzug und schwarzem weichen platten Daarhut; seine Sprachweise sei eine langsame gewesen. Das Mädchen glaubt bestimmt, dem Mörder bei dem Kampfe Kratzenwunden im Gesicht und Blute in die Finger gebracht zu haben. Es sei hierauf besonders hingewiesen, Verdächtige Abnehmungen wolle man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Vollzeitanrichtungen mitteilen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Donnerstag, den 29. Aufl., abends 9/10 Uhr, findet die Vorstandskonferenz der Fußballabteilungen im Restaurant Paul Krämer, Hauptkader Steinweg, statt. Abdrückliches Erscheinen ist notwendig. Alle Vereine und Abteilungen, die noch irgendwelche Verbindungen dem Bund oder Bezirk gegenüber haben, mögen diese auf dem schnellsten Wege regeln, andernfalls Ausschluss von den Spielen erfolgt. Der Bezirksfußballaussschuß.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Gemeinderat aufgelöst.

Die Sächsische Staatszeitung berichtet: In Kobewitz haben außer dem Gemeinderat alle Mitglieder des Gemeinderates ihre Ämter niedergelegt. Da sich auch die in den Wahlvorschlügen sonst noch genannten Personen angeweiht haben, in den Gemeinderat einzutreten, fehlt der Gemeinde tatsächlich die in der Landgemeindeordnung vorgeschriebene Vertretung. Es besteht auch keine Aussicht, durch Ordnungsstrafen eine Änderung in der Haltung der Gemeinderatsmitglieder zu erzielen. Das Ministerium des Innern hat daher wegen dringender Geföhrdung der öffentlichen Verlage (I) den Gemeinderat zu Kobewitz dergestalt aufgelöst, daß nur der Gemeindevorstand sein Amt weiterzuführen und das zur Herbeiföhrung einer Gemeindevorstandswahl Erforderliche ohne Verzug in die Wege zu leiten hat. Die Neuwahl der Gemeindevorsteher soll nun am 19. September stattfinden.

Anmeldung von Auolandsforderungen.

Die sächsische Handelskammer weist darauf hin, daß nach einer neueren Mitteilung des Reichsausschußes deutsche Gläubiger mit ihren englischen und französischen Schuldnern zur Feststellung des Schuldverhältnisses, soweit dieses durch das im Friedensvertrage vorgesehene Ausgleichsverfahren berührt wird, jetzt unmittelbar in Verbindung treten dürfen. Der Schriftwechsel

darf aber nur zur „Information“ dienen und sich keinesfalls mit der Regelung des Schuldverhältnisses befassen und dies auch nicht einmal andeuten. Es ist den Beteiligten dringend zu empfehlen, sich von ihren Bröken an ihre englischen und französischen Schuldner eine genaue Auskunft über einen Durchschlag sowie auch deren Briefe in Uebersetzung aufzubekommen, um die nötigenfalls den in Betracht kommenden amtlichen Stellen auf Verlangen vorlegen zu können.

Keine Ententesandtschaften in Sachsen.

Nach einer offiziellen Ausöassung ist bei den zuständigen Stellen in Dresden nicht bekannt, daß England oder Frankreich die Absicht hätten, auch in Dresden Gesandtschaften zu errichten. Jeder Versuch, partikularistische Bestrebungen in Sachsen groß zu machen, sei vollkommen ausklos, da die Reichstreue Sachsens von jeder über jeden Zweifel erhaben sei.

Vermehrung des sächsichen Viehbestandes.

Nach Veröffentlichungen aus den Ergebnissen der letzten Viehzählung ist in Sachsen eine nicht unerhebliche Zunahme des Viehbestandes zu verzeichnen. Es betrug am 1. Juni 1920 der Bestand an Kälbern unter drei Monaten 64 094, gegenüber dem 1. März 1920 eine Zunahme von 12 107 = 23,89 Prozent. Jungvieh von drei Monaten bis zu einem Jahre waren am 1. Juni 1920 105 764, gegenüber dem 1. März 1920 eine Abnahme von 5 205 = 5,20 Prozent. Jungvieh und Färsen von 1 bis 2 Jahren am 1. Juni 1920 109 001, gegenüber dem 1. März 1920 ein Minus von 5 011 Prozent. Bullen und Stiere am 1. Juni 1920 48 058, gegenüber dem 1. März 1920 eine Zunahme von 2 899 = 5,81 Prozent. Milchflöhe am 1. Juni 1920 301 803, eine Zunahme gegenüber dem 1. März 1920 7293 = 2,05 Prozent. Sonstige Kühe und Färsen 30 365, eine Zunahme seit dem 1. März 1920 3692 = 8,57 Prozent. Rindvieh überhaupt am 1. Juni 1920 728 058, gegenüber dem 1. März 1920 eine Zunahme von 11 982 = mehr 1,67 Prozent. Schafe am 1. Juni 1920 114 152, gegenüber dem 1. März 1920 eine Zunahme von 23 423 = mehr 25,82 Prozent. Schweine am 1. Juni 1920 304 722, eine Zunahme gegenüber dem 1. März 1920 35 404 = 10,75 Prozent. Gegenüber dem 1. Juni 1919 ist eine Zunahme an Schweinen um 115 535 = mehr 46,36 Prozent zu verzeichnen. Ziegen am 1. Juni 1920 475 280, gegenüber dem 1. März 1920 eine Zunahme von 185 341 = 64,08 Prozent. — Wenn auch noch nicht der Friedensstand erreicht worden ist, so zeigt doch die Entwicklung eine energisch aufwärtsstehende Linie.

Chemnitz. Ueber das vermisste gewesene Mädchen Johanne Steinert macht das Vollzeitanrichtungen nach folgende Mitteilungen: Das Mädchen ist in Hamburg aufgegriffen und nach Chemnitz zurückgeführt worden. Der angebliche Mordhauer, dessen Person noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, hatte das Mädchen zunächst nach Berlin und einige Tage später nach Hamburg gebracht. In Hamburg wollte er die Steinert im Zirkus Bush als Ballettlevin unterbringen. Er sich aber schließlich das Mädchen im Stich, das bei seiner Hilflosigkeit von der Hamburger Polizei in Schutzhaft genommen wurde. Mordhauer hatte erst beabsichtigt, die Steinert nach Holland zu bringen, das Vorhaben später jedoch an Paßschwierigkeiten. Zweifellos ist der angebliche Mordhauer ein Mädchenhändler, nach dem eifrig gefahndet wird.

Falkenstein i. B. Hier wurde ein mit 150 Broten beladener Taselwagen angehalten und nach dem Rathaus gebracht. Die Brote, die von auswärtigen Personen in Falkenstein gekauft worden waren, sollten in die Klimgenthafer Gegend gebracht werden.

Wauen. Am Donnerstagnachmittag wurde ein Fabrikant aus Eich auf der Straße von Reuenitz nach Thöfstell mit seinem Automobil von drei unbekannten Männern unter Vorhaltung von Revolvern zum Halten gezwungen. Während das Auto hielt, sprang einer der Unbekannten in den Wagen, würgte den Fabrikanten und entlich ihm aus seiner Jackettasche eine Brieftasche mit 1000 Mark.

Döbernbau. Die Eisenbahn-Generaldirektion als sächsische Kraftwagenverwaltung eröffnet am 27. d. Mts. den Betrieb auf der staatlichen Kraftwagenlinie Döbernbau-Sayda.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Weschn. Aus dem Gemeinderat. Der Finanzausschuß berichtet über die Prüfung der Rechnung und Kasse für das erste Wertesjahr 1920. Die Abschlässe der einzelnen Klassen ergaben folgendes: Gemeindefälle: Einnahme 60 108,60 Mk., Ausgabe 146 113,37 Mk., Kassenbestand 44 547,18 Mk.; Wasserwerk: Einnahme 65 10,88 Mk., Ausgabe 15 621,93 Mk. (Hier ist ein Fehlbetrag von 9 111,28 Mk. zu verzeichnen); Feuerlöschwesen: Einnahme 105,- Mk., Ausgabe 102,90 Mk., Bestand 2,04 Mk. Insgesamt betragen die Einnahmen 65 724,15 Mk., die Ausgaben 30 236,26 Mk. und der Kassenbestand vom 31. März 1920 35 487,89 Mk. Bücher und Kasse sind in Ordnung vorgefunden worden. Auf Antrag des Finanzausschusses erfolgt die Nichtspruchung der Rechnungen. Im allgemeinen ist man mit dem Abschluß zufrieden. Zu einem Teil ist auch an unrechter Stelle radikale Sparpolitik getrieben worden. — Die Miete für das Freibanklokal wird einer Revision unterzogen. — Herr Br. wendet sich in einem Schreiben gegen die letzte Handhabung der Kon-

traktvorschriften der Saalbesitzer. Noch vor kurzem wurden die betr. Bestimmungen von Br nicht beachtet, jetzt, da die Schranken für seine Angehörigen gefallen sind, spielt er den Entrückelten. Die Saalbesitzer sind angewiesen, Uebersetzungsfälle unmaßsächlich zur Anzeige zu bringen. — Hatte der Kirchenvorstand den Nachpreis von 75 Mk. pro Meter und Jahr für die nächsten sechs Jahre festgesetzt, so läßt die Kircheninspektion Grimma nach einem neueren Schreiben daselbst nur für drei Jahre zu. — Die Verlegung des Gasnetzes in die Bumbastation des Wasserwerks verursacht 600 Mk. Kosten, diese wurden bewilligt. — In Wohnungsangelegenheiten wollen sich einzelne noch immer nicht fügen. So ist es vorgekommen, daß Mieter mit Hilfe des Hausbesizers bei Nacht eine einem andern zugewiesene Wohnung beziehen konnten, während sie die ihnen zugewiesene Wohnung gar nicht beachteten. Ob Herr J. mit seiner Halsstarrigkeit das Richtige getroffen hat, wird er aber noch selbst erfahren. Wenn es bei dem heutigen Wohnungsmangel noch möglich ist, daß einzelne Personen die Beschaffenheit des Mieteinigungsamtes in solch herausfordernder Weise hintertreiben, so wird in Zukunft auch kein anderer sich mehr an die Bestimmungen halten. Zu welchen Zuständen das aber führen muß, sollte jedem Einsichtigen klar sein. Den Herren E. und J. aber dürfte durch einen föhrlbaren Denktzettel ihre unrechtmäßige Handlung ins Gedächtnis geprägt werden. — Die Gehaltsregelung des Gemeindevorstandes wurde abermals behandelt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tätigkeit und Bezahlung des Gemeindevorstandes als nebenamtlich anzusehen sei, was bei der Wahl des Gemeindevorstandes ganz besonders hervorgehoben und von letzterem auch anerkannt wurde. Jetzt aber wolle man versuchen, nach und nach so im Vorübergehen einen „Berufsmäßigen“ daraus zu machen. Die Notwendigkeit wurde verneint. Wenn die Berufsmäßigkeit eintrete, müßte man sich unter allen Umständen mit einer Neubesezung befassen. Es wurde auch eine scharfe Kritik an der Geschäftsföhrung des Gemeindevorstandes geübt. Da derselbe nicht anwesend war, wurde beschlossen, die Regelung der Gehaltsfrage juristischerweise und eine gründliche Aussprache mit dem Vorstande zu föhren. Hoffentlich schont man dabei die Öffentlichkeit nicht, wie es bisher leider immer der Fall war. Endlich kam auch eine Anregung, die Gehälter der Gemeindebeamten und Angestellten einer von Grund aus vorzunehmenden Revision zu unterziehen.

Gewerchchaftsbewegung.

Uiesignung des Bergarbeiterkreises in Mitteldeutschland.

Halle, 26. Juli. (U.) Nach dem Abstimmungsresultat der Gewerchchaften im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht erreicht worden. Der Streik gilt somit für abgelehnt. Das Ergebnis wurde in der gestern in Halle tagenden Konferenz der Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlenreviers mitgeteilt.

Nach lebhafter Aussprache wurde schließlich eine Entscheidung angenommen, in der beschlossen wird: 1. Es tritt sofort ein Schiedsgericht unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zusammen. 2. Nach Fällen des Schiedswurdes findet eine erneute Konferenz statt, um das Ergebnis zu besprechen und den Gewerchchaften einen Vorschlag zu unterbreiten. 3. Ueber diesen Vorschlag wird dann unter den organisierten Bergchchaftsmitgliedern gehandelt. 4. Der ausschließliche tritt das Schiedsgericht am Mittwoch, dem 28. d. M., in Halle zusammen. Die nächste Konferenz findet Sonntag, den 1. August, in Halle statt.

Zur Tarifbewegung im Leipziger Großhandel.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Seit der ersten Tarifbewegung im Frühjahr 1919 werden die Angestellten des Großhandels sowohl von den Unternehmern wie auch von den wirtschaftsfriedlichen Gewerchchaftsbündeln selber Schattierungen an der Nase herumgeführt. Der erste Tarif wurde unter Umgehung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen abgeschlossen, worauf die Unternehmer dem Zentralverband mitteilten, daß sie mit ihm wohl einen Tarifvertrag abschließen wollten, daß aber an den bereits mit den Gewerchchaftsbündeln festgelegten Sägen und sonstigen Abmachungen nicht gerüttelt werden dürfe. Dabei handelte es sich um einen Tarif mit niedrigsten Gehaltsätzen, während die unter Führung des Zentralverbandes der Angestellten zustande gekommenen Tarife nicht nur in den Gehaltsätzen, sondern auch in den übrigen Punkten ein ganz anderes Gesicht trugen. Auch das Ergebnis der späteren Tarifbewegungen, in denen die Gewerchchaftsbünde die Führung hatten, war immer überaus mangelhaft. Die Angestellten wurden niemals befragt, man arbeitete immer nur mit den Oberleuten der Angestelltenausschüsse, unter denen sich vielfach Leute befanden, die die sogenannten langen Arme des Unternehmers darstellten. In der Öffentlichkeit hatten die gegnerischen Verbände nur Phrasen für die Angestellten übrig.

Vor einigen Tagen fand nun wieder eine Tarifverhandlung statt, wo lieber neue Leuerungsvorschläge verhandelt werden sollte. Unser Vertreter erschien ebenfalls zur Verhandlung, wurde aber nach einer längeren Auseinandersetzung mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes von den Verhandlungen ausgeschlossen. Der Arbeitgeberverband wolle sich erneut mit der Angestelltenbewegung befassen. Die anwesenden Vertreter der bürgerlichen Gewerchchaftsbünde, die ja bisher in trauter Eintracht mit den Unternehmern

Und Billiger!

Gedröcker

in allen Abteilungen!

Fest:	Hemdentuch etwa 80 cm breit	Mtr. 17,00,	15 ⁰⁰	
Fest:	Renforcé etwa 82 cm breit	Mtr. 19,50, 17,50	15 ⁵⁰	
Fest:	Linon für Bettwätsche, etwa 82 cm breit	Mtr.	18 ⁵⁰	
Fest:	Bettflaken halbfeln, ohne	Naht, etwa 160x200 Std.	98 ⁵⁰	
Fest:	Kissenbezug weiß, gute	Qualit., etwa 75x80 Std.	22 ⁵⁰	
Fest:	Dachbettebezug pass., etw.	125x200, 2. Kuddeln Std.	93 ⁰⁰	
Fest:	Intell einfarbig rot, Kissen-	breite . . Mtr. 38,50, 28,50	18 ⁵⁰	
Fest:	Schürzenstoff la Siamolen	120 25 ⁰⁰ 100 22 ⁰⁰ 80 19 ⁰⁰	breit 25 ⁰⁰ breit 22 ⁰⁰ breit 19 ⁰⁰	
Fest:	Kostümrückle grauwellert	u. einfarbig dunkelblau, solider	Stoff, weit geschnitten . . .	48 ⁰⁰
Fest:	Kostümrückle schottisch farr.	flotte Sportform		78 ⁰⁰
Fest:	Kostümrückle Grotto, weiß	u. rosa, gute Qual., reich geformt		95 ⁰⁰
Fest:	Blusen Sportform aus la.	waschbarem Vertal.		58 ⁰⁰
Fest:	Blusen Sportform aus la.	Waschkanell, hell gefreist .		62 ⁰⁰
Fest:	Imprägnierte Mäntel	weil rot, braun, grün etc. 295.		275 ⁰⁰
Fest:	Damen-Hutformen	6,75, 2,90		1 ⁴⁵
Fest:	Damen-Hutformen	88,00, 22,00		4 ⁵⁰
Fest:	Damen-Taghemden aus	gutem Stoff, mit Lanquette		39 ⁵⁰
Fest:	Damen-Spangen- u. Schnür-	schuhe eleg. Ausföhr., hoher	Abttag 125,00 101,00	95 ⁰⁰
Fest:	Damen-Leder-Schnürtleffel	mit und ohne Lederkappe	168,00	146 ⁷⁵
Fest:	Herren-Leder-Schnürtleffel	sute Ausföhrung	152,90	95 ⁰⁰
Fest:	Damen-Handschuhe	Verfaltet und gemustert, weiß		3 ⁵⁰
Fest:	Damen-Strümpfe	Baumwolle, weiß und schwarz		9 ⁵⁰
Fest:	Mull-Stickerei-Einsätze	5 cm breit Meter		95 ⁰⁰
Fest:	Madapolame-Stickerei	4 cm breit Meter		2 ⁹⁰
Fest:	Blusenkragen	reich bestickt		5 ⁷⁵
Fest:	Landwolle 50-Gramm-Page			3 ⁷⁵

Neues Theater.

Montag, den 28. Juli 1920
Die Nidermänn.
Operette in 3 Akten von G. Kanner und H. Geyer.

Theater in Gitterstraße (Kammerspiele).
An der Quelle
saß der Knabe . . .
mit Hans Leibelt.

Leipziger Puppenspiele
Wünsch's Marionetten-Theater.
Das tapfere Schneiderlein.

Krystall-Palast
Täglich abends 7/8 Uhr
Gastspiel „Jean Blatzheim“
Die spanische Fliege.

Baltenberg
Varieté. Theater.
Abends 7.30 Uhr Gastspiel Paul Beckers mit Fr. Silvaré „Die Erbstante“.

Blumensäle.
Täglich abends 9/8 Uhr
Künstler-Kabarett.

Bonorand
Morgen Dienstag:
Großer Wiener Walzer- und Operetten-Abend à la Strauss

Sächsischer Hof
Leipzig-Schönefeld.
Heute Grosser Damen-Ball.

Probewaschen
Unwiderruflich 2 letzte Tage.
Die Eiserne Waschfrau

Gansfouci heute . . . ab 7 Uhr
Donnerstag . . . ab 7 Uhr
Reichsveneweser
Der große Gala-Abend mit Ball.

U. S. P. D. Alt-Leipzig
Donnerstag, den 29. Juli:
Tagesausflug unserer Kinder nach dem Bienen.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig
(U. S. P. D.)
Gilt die Kinder der Mitglieder heute am Dienstag, dem 27. Juli.

Heute und folgende Tage Verkauf großer Mengen
Harzer Käse
Kiste 60 Stück Inhalt Mt. 22.-

ALTHOFF
Lebensmittel
Maisgriß Pfund 5.00
Kalifornischer Reis (Bruch) Pfund 4.80
Viktoria-Erbisen Pfund 1.80
Haferflocken Pfund 2.00
Kakao gor. rein Pfund 15.50
Kaffee-Ersatz Pfund 1.80
Steril. Vollmilch Dose 9.00
Korinthen Pfund 7.75
Große Rosinen Pfund 10.00
Sultaninen Pfund 12.50
Edle Nürnberger Lebkuchen
von Heinrich Haeblerlein.

Wieses Theater.
Montag, den 28. Juli 1920
Die fünf Händel.

Neues Operetten-Theater.
Montag, den 28. Juli: Die fünf Händel.

Leipziger Schauspielhaus.
Montag, den 28. Juli 1920
Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

Leipziger Volksbühne.
Dienstag, den 27. Juli, abends 7/8 Uhr: Serie 11.

Drei Linden
Täglich abends 7/8 Uhr
Kente Vereins-Vorstellung (Karten in beschädelter Anzahl)

Kasslers Festsäle
Leipzig-Vo., Elisabethstrasse 13
Morgen Dienstag:
2. großer Sondertag

Eiskeller
L.-Connwitz
Morgen von 8 Uhr an
Feiner Ball.

Schiller-Schlösschen.
Heute, ab 7/7 Uhr: Gr. Sommernachts-Ball.

Gosenschlösschen, Eutritzsch
Heute Montag Damen-Ball!

Gegen Würmer Blue Boys
Camelin Siamol . . 400.-
Wills Goldstake . . 520.-

Grosser Preissturz!
la Schokolade Mk. 5.20 u. Mk. 5.50

Schafgarbenkraut
Ioga mit Blüten, Knäuel (Knöterich, Zerrgras) und
alle anderen Arzneikräuter kauft in aufgetrocknetem

Blüten-Kräuter-Wurzeln
Lindenblüten, Weifkleblüten sowie - alle -
Arzneikräuter